Kamener Zeitung

Amtliches Anzeigenblatt für Kamen.
Für den Raum der einspalt. Diamantzeile 10 Goldpfennige, von Inserenten direkt aufgegebene Anzeigen aus dem Verbreitungsbezirk 6 Goldpfennige. Familienanzeigen, Stellen- u. Wohnungsgesuche 3 Goldpfg. Reklamezeile 50 Goldpfg. Rotationsdruck und Verlag der Kamener Zeitung G. m. b. H. in Kamen. Geschäftsstelle: Kamen, Markt 15, Fernspr. 1.

Volksfreund für Kamen und Umgegend verbunden mit der Märkischen Zeitung.
Unfall-Unterstützung entsprechend den Bedingungen.

Erscheint täglich.
Bezugspreis für den ifd. Monat 2 Goldmark. Falls wir in der Herausgabe oder Zustellung der Zeitung gehindert sind, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung des Blattes oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Für die Redaktion verantwortlich: H. Schubeis, Kamen.

Nr. 145. (1. Blatt) Donnerstag, den 24. Juni 1926. **54. Jahrgang**

Die Suche nach einer Kompromiß-Lösung

Nachdem die deutschnationale Reichstagsfraktion ausdrücklich erklärt hat, sie könne

das Gesetz über die Fürstenabfindung

in der jetzigen Form nicht annehmen, verhandeln die Regierungsparteien mit den Vertretern der Sozialdemokratie. Die gestrigen Besprechungen mit der Linken sind jedoch

ergebnislos

verlaufen, da die Sozialdemokratie weitere Abänderungsanträge eingebracht hat.

Die erste Lesung der Regierungsvorlage soll heute im Rechtsausschuß zu Ende geführt werden. Es ist aber noch eine zweite Lesung vorgesehen. Zwischen der ersten und zweiten Lesung werden erneut Verhandlungen mit den Deutschnationalen und Sozialdemokraten aufgenommen werden. Ueber bestimmte Vorschläge kann noch nichts berichtet werden, doch wird in den Kreisen der Regierungsparteien die zuversichtliche Erwartung geäußert, daß es gelingen werde, wenigstens mit den Sozialdemokraten zu einem Kompromiß zu kommen, das die Annahme des Gesetzes noch vor den Sommerferien ermöglicht.

Die Hauszinssteuer angenommen.

Aus dem Preußischen Landtag.

Sitzung vom 23. Juni 1926.

Nach Erledigung einiger kleiner Vorlagen setzt der Landtag die dritte Beratung der Hauszinssteuer fort. Ein deutschnationaler Antrag auf Zurückweisung an den Ausschuß wird mit 181 gegen 150 Stimmen abgelehnt, nachdem Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff betont hatte, daß die Verabschiedung des Gesetzes aus technischen Gründen nicht weiter hinausgeschoben werden könne. Abg. Hecken (Dntl.) bringt nochmals die Bedenken seiner Partei zum Ausdruck. Abg. Kilian (Kom.) lehnt die Steuer ab.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.) tritt für die Vorlage ein. Abg. Ladendorff (W. Vg.) beantragt Bewilligung von Mitteln zur Instandsetzung der Altwohnungen; dadurch würden auch viele Erwerbslose Arbeit erhalten. Abg. Hoff (Dem.) begründet einen demokratischen Entschließungsantrag, der für die Instandsetzung des Altwohnraumes Mittel befürwortet.

Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff wendet sich gegen zuweit gehende Aenderungsanträge der Rechten, die er abzulehnen bittet.

Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Stendel (D. Vp.) und Stolt (Kom.) folgen die Abstimmungen. Sie ergeben die Ablehnung der meisten von den Deutschnationalen und der Wirtschaftlichen Vereinigung gestellten Anträge. Dagegen wird mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums die Bestimmung der Vorlage gestrichen, die landwirtschaftliche Grundstücke, soweit sie werbenden Zwecken oder als Familienwohnungen dienen, von der Steuer nicht befreien wollte.

Im übrigen bleibt es im wesentlichen bei den Ausschuß- bezw. Plenarbeschlüssen zweiter Lesung.

Die Schlußabstimmung findet auf Antrag der Rechten namentlich statt; sie ergibt mit 216 gegen 187 Stimmen die Annahme des Gesetzes, das damit endgültig verabschiedet ist.

Das Haus stimmt noch einer Reihe von Entschließungen zu.

Das Haus nimmt hierauf die Abstimmungen zum Justizhaushalt vor. Eine Reihe kommunistischer Anträge werden abgelehnt, andere werden der Ausschußberatung überwiesen.

Namentlich abgestimmt wird über den Antrag des Hauptausschusses, der einen Gesetzentwurf fordert, durch den die Bestimmung, die die Altersgrenze für Richter vom 68. auf das 65. Jahr heruntersetzt, außer Kraft gesetzt wird. Der Antrag wird mit 161 Stimmen der Rechten gegen 215 Stimmen abgelehnt.

Die Wiederholung der namentlichen Abstimmung zur Vorlage über die Reichsratsstimmen, bei der sich schon wiederholt die Beschlußunfähigkeit des Hauses herausgestellt hatte, ergibt auch diesmal Beschlußunfähigkeit, da von der aus Deutschnationalen, Völkischen, Zentrum, und Hannoveranern bestehenden Obstruktion wiederum keine Karten abgegeben wurden.

Nächste Sitzung Donnerstag.

Deutschland und das neue Kabinett Briand

Caillaux: Finanzen — General Guillaumat: Krieg.

(Auf Grund letzter drahtlicher Informationen unserer Berliner Vertretung.)

Das Ende der französischen Krise.

Die Irrungen und Wirrungen in Paris haben damit geendet, daß Caillaux (radikal) das Finanzministerium übernimmt. Poincaree ist nicht Mitglied des neuesten (des zehnten!) Kabinetts Briands. Kriegsminister ist General Guillaumat. Das Kabinett hat durch die Neubildung eine gründliche Wandlung erfahren. Zahlreiche Persönlichkeiten des früheren Briandschen Kabinetts wurden durch linksgerichtete Politiker ersetzt.

*

In den Berliner politischen Kreisen hat man diesmal mit besonderem Interesse den Ausgang der französischen Regierungskrise verfolgt, weil die Zusammensetzung des neuen französischen Kabinetts nicht ohne Wirkung auf die außenpolitische Lage bleiben kann. Man ist daher geneigt, dem neuen Kabinett Briand ein gewisses Vertrauen entgegenzubringen, obwohl die französische Außenpolitik in den letzten Monaten wenig dazu angetan war, die französisch-deutschen Beziehungen besonders zu festigen. Nun sprechen allerdings einige Umstände dafür, daß Briand als Ministerpräsident einer ausgesprochenen Linksregierung, wie sie das neue Kabinett darstellt, die Locarnopolitik mit größerer Konsequenz als bisher weiterführen muß, denn das Primat der Finanzpolitik erfordert die denkbar größte Stetigkeit des außenpolitischen Kurses, der unter dem Einfluß eines Mitarbeiters wie Poincaree unvermeidbar auf abwegige Bahnen gedrängt worden wäre. Daß Poincaree es nicht durchsetzen konnte, ein politisches Ministerium im Kabinett Briand zu erhalten, bedeutet für ihn eine schwere politische Niederlage. Es kann gar kein Zweifel darüber bestehen, daß Briand eine bedenkliche Spannung in den Beziehungen mit Deutschland hervorgerufen hätte, wenn es ihm gelungen wäre, den Nationalen Block an seinem Kabinett zu beteiligen. Ueberhaupt hat man sich in Berlin gewundert, daß Briand auch nur vorübergehend daran denken konnte, die Wirkungen außer acht zu lassen, die eine Berufung Poincaree nicht nur in Deutschland, sondern auch in England hätte nach sich ziehen müssen.

Was die Persönlichkeit Caillaux' anbetrifft, so ist es noch in frischer Erinnerung, daß er erst am letzten Sonntag in einer großen Programmrede auf das Beispiel der Sanierung Deutschlands hingewiesen und Frankreich zugerufen hat, es dürfe sich nicht länger durch Deutschland beschämen lassen, das als besiegter Staat seine Finanzen geordnet habe. Caillaux hatte nicht etwa wie Poincaree die Reparationszahlungen als Voraussetzung für die Gesundung der französischen Finanzen im Auge, sondern er machte die verschwenderische Wirtschaft und die verfehlte Anleihepolitik für den Ruin Frankreichs verantwortlich. Es ist daher von Wichtigkeit, daß der neue französische Finanzminister seine Politik nicht mit dem Reparationsproblem verknüpft, sondern ausschließlich innere Sanierungsarbeit leisten will.

Der interessanteste Mann der neuen Regierung Briand ist für Deutschland der Kriegsminister: General Guillaumat, der zurzeit das Oberkommando über die französische Besatzungsarmee innehatte. Sein Regime ist weit milder, als es dasjenige seines Vorgängers, des Generals Degoutte, gewesen ist, und es ist bekannt, daß er sich schon wiederholt für eine vernünftige Regelung der Besatzungsfrage eingesetzt hat. Man ist deutscherseits gespannt darauf, ob er als Kriegsminister imstande ist, eine vernünftige Besatzungspolitik zu treiben.

Finanz- und Zollfragen.

Aus dem Reichstag.

Sitzung vom 23. Juni 1926.

Nach Erledigung einiger kleinerer Angelegenheiten beschäftigte sich der Reichstag gestern mit der ersten Lesung der Vorlage zur Aenderung des Bankgesetzes. Durch die Vorlage soll die Rediskontmöglichkeit für Schatzwechsel des Reiches vorgesehen werden.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius leitet die Verhandlungen ein. Es handele sich nicht darum, die Kreditgewährung der Reichsbank an das Reich weiter auszudehnen. Vielmehr ist das Ziel der Vorlage eine Erweiterung der Kreditmöglichkeiten des Reiches durch Schaffung günstiger Bedingungen für die Unterbringung von Reichsschatzwechseln am Markte.

Abg. Hergt (Dntl.) stellt mit Befriedigung fest, daß die schweren Fesseln des Dawes-Gutachtens, die der Reichsbank auferlegt worden sind, hier gemildert werden. Der Redner äußert

ernste Bedenken wegen der finanziellen Lage des Reiches.

Der Kassenbestand schmälere sich von Monat zu Monat. Wir kommen mit verhängten Zügeln in ein großes Defizit hinein, das wir noch gar nicht übersehen können. (Hört, hört! rechts.)

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold hält dem Vorredner vor, daß er es sich nicht habe versagen können, seiner Abneigung gegen die Steuermilderungen zur Erleichterung der Wirtschaftslage Ausdruck zu geben. (Widerspruch und Ohorufe rechts.) Er glaube, daß die Reichsregierung die in der Vorlage vorgesehenen 400 Millionen bald anfordern werde. Die Reichsregierung habe aber nicht die Absicht, diese 400 Millionen jetzt zu verwenden. Gegenüber der pessimistischen Anschauung des Vorredners weist der Finanzminister darauf hin, daß sich die Reichsfinanzen in der erwarteten Weise entwickelt haben. Es sei vollkommen unrichtig, von einem Defizit unserer Finanzen zu sprechen. Die Reichskasse komme vollkommen mit ihren Mitteln aus.

Die Vorlage geht an den Haushaltsausschuß.

Der deutsch-estnische Schiedsgerichts- und Vergleichsvertrag wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die

erste Beratung des deutsch-schwedischen Handels- und Schiffahrtsvertrages.

Der Vertrag wird dem Auswärtigen Ausschuß überwiesen. Es folgt dann die zweite Beratung des Vertrages über

Zollerleichterungen für dänische Erzeugnisse.

Die Vorlage wird mit 221 gegen 118 Stimmen in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung wird bis nach Erledigung des Schwedenvertrages vertagt.

Das Haus nimmt dann in dritter Lesung den von den Regierungsparteien eingebrachten Gesetzentwurf zur Aenderung der Reichsversicherungsordnung und des Angestelltenversicherungsgesetzes an.

Nach Erledigung einiger Anträge vertagt sich das Haus.

Paul Rohrbach und die Demokraten.

Sein Austritt aus der Partei.

Dr. Paul Rohrbach hat dem Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei mitgeteilt, daß er seine Mitgliedschaft in der Partei aufgebe.

Hebungsversuche an einem gesunkenen U-Boot.

Bei den Versuchen, das am 25. September 1925 infolge eines Zusammenstoßes mit dem Dampfer „City of Rome" 20 Meilen östlich vom Black Island mit 37 Mann der Besatzung gesunkene amerikanische Unterseeboot S. 51 zu heben, erschien dieses plötzlich an der Oberfläche, noch ehe die Ingenieure die Vorbereitungsarbeiten beendet hatten, beschädigte einige Pontons und versank aufs neue. Als die Bergungsmannschaft Luft in die Pontons pumpte, erschien das Unterseeboot neuerdings an der Oberfläche und trieb zwei Pontons auseinander.

Englische Einreiseerlaubnis für Husemann.

Im Vollzugsausschuß der Bergarbeiterinternationale in London teilte Hodges mit, daß der Vorsitzende des Deutschen Bergarbeiterverbandes, Husemann, von Harwich aus telegraphiert habe, daß ihm die Landung nicht gestattet werde. Infolge von Vorstellungen beim Ministerium sei die Landungserlaubnis für Husemann nunmehr gesichert. Hodges nehme an, daß nur ein Irrtum vorliegen könne, da ihm keine Erklärung für das Verbot gegeben worden sei.

Erbitterte Kämpfe im Rif.

Nach französischen Meldungen hat die 128. Division auf der ganzen Front angegriffen und die meisten strategischen Punkte trotz heftigen Widerstandes der Rifleute erreicht. Der Fortschritt geht 11 Kilometer in die Tiefe. An den Angriffen nahmen fünf Flugzeuggeschwader teil. Die Dörfer der Rifleute gingen zum größten Teil in Flammen auf.

Blutige Krawalle in Kongreßpolen.

In Gostynin in Kongreßpolen kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen einer Volksmenge und der Polizei. Auf dem Wochenmarkt wurde eine Frau verhaftet, weil sie sich den polizeilichen Anordnungen nicht fügen wollte. Als sie schrie, daß der Polizeibeamte sie geschlagen habe, sammelte sich eine große Menschenmenge an, die das Polizeikommissariat, in dem sich Waffen und Munition befinden, zu stürmen versuchte. Der Polizeikommissar ließ drei Salven abgeben, wodurch drei Personen getötet und sieben verwundet wurden. Die Menge wurde schließlich zerstreut, nachdem 14 Personen verhaftet worden waren.

Unglück auf einem Schulausflug.

Sieben Kinder schwer verletzt.

Bei Mannheim löste sich auf bisher noch unaufgeklärte Weise an einem Kraftwagen, auf dem Schulkinder von einem Ausflug zurückkehrten, die eine Seitenwand, sodaß die Kinder herunterfielen. Sieben von ihnen wurden schwer verletzt. Zwei Mädchen im Alter von 12 und 13 Jahren schweben in Lebensgefahr.

Die Stadt Glashütte wird saniert.

Die Stadt Glashütte, die durch das Darniederliegen ihrer Präzisionsuhrenindustrie in schwere Finanznöte geraten ist, soll nunmehr saniert werden. Die Hauptgläubigerin habe sich unter gewissen Bedingungen zu einem zweijährigen Zahlungsaufschub unter Zinsstundung bereit erklärt. „Die Konkursgefahr könne als beseitigt angesehen werden.

15jähriger Realschüler als Eisenbahnräuber.

In einem Abteil 2. Klasse des Personenzuges Regensburg-Nürnberg wurde eine Kaufmannsfrau aus Erlangen von einem vermummten Menschen mit einem Revolver bedroht und um Geld angegangen. Die Dame hielt sich jedoch den Fremden so energisch vom Leibe, daß sie ihn in Nürnberg verhaften lassen konnte. Hier stellte sich zur allgemeinen Ueberraschung heraus, daß der Räuber ein 15jähriger Realschüler war.

Wieder ein Kindermord.

Eine gräßliche Mordtat wurde in Neu-Sackisch im Kreise Glatz begangen. Ein 17jähriger junger Mann und ein 13jähriges Mädchen sind die Opfer. Sie wurden, das Mädchen mit durchschnittener Kehle im Keller und der Bruder mit eingeschlagenem Schädel auf dem Boden, letzterer noch lebend, aufgefunden. Der Vater, ein Lokomotivheizer namens Gebauer, war im Dienst. Die Mutter war nach Glatz gefahren und kehrte erst abends wieder heim. Der Mörder durchschnitt auch zwei Ziegen auf demselben Grundstück die Kehlen. Die Mutter der Kinder fand zunächst die toten Ziegen vor und suchte dann das Haus nach den Kindern ab. — Bei der Untersuchung des Körpers des ermordeten jungen Mannes fand man im Kopfe einen Schußkanal. Der Schuß ist mit dem eigenen Tesching des Getöteten abgegeben worden. Die Waffe hat der Täter wahrscheinlich mitgenommen. Sie wurde bisher nicht gefunden. Im Düngerhaufen wurde eine tote Henne gefunden, deren Hals ebenfalls durchschnitten war, wie bei den Ziegen.

Tragischer Selbstmord eines Studienrates

In Heppenheim a. d. Bergstraße beabsichtigte ein Arbeitergesangverein auf dem von der Schulbehörde zur Verfügung gestellten Schulhof der Oberrealschule seine Fahnenweihe zu begehen. Doch mußte die Feier wegen eines widerlich starken Geruches, der den Festgästen den Aufenthalt auf dem Schulhof unmöglich machte, abgesagt werden. Die Nachforschungen ergaben, daß der Leiter der Chemieabteilung der Oberrealschule, Studienrat Neumann, den ganzen Platz mit Buttersäure getränkt hatte. Der Festgäste bemächtigte sich eine gewaltige Erregung, und sie versuchten, des Täters habhaft zu werden. Neumann wurde in der Nacht in seinem Laboratorium erschossen aufgefunden.

Kamen

Aus Stadt und Land.

Kamen, den 24. Juni 1926.

Das Beflaggen von Dienstwohnungen.

In einem neuen gemeinsamen Runderlaß des preußischen Finanzministers und des Ministers des Innern wird bestimmt, daß der Abschluß neuer Mietverträge über Wohnungen in Gebäuden, die im Eigentum des Staates stehen oder von ihm angemietet sind, gleichgültig, ob der Mieter Beamter ist oder nicht, ausnahmslos von der Anerkennung einer Hausordnung abhängig zu machen ist, in der die Beachtung des Staatsministerialbeschlusses vom 30. Juni 1925 zur Pflicht gemacht wird. (Dieser Staatsministerialbeschluß bestimmt, daß an den obengenannten Wohnungen nur dann, wenn das Dienstgebäude selbst beflaggt wird, und nur in den verfassungsmäßigen Farben des Reiches, des Landes, der Provinz oder Gemeinde geflaggt werden darf). Hinsichtlich schon bestehender Mietverträge ist eine entsprechende Ergänzung der Verträge oder der Hausordnungen anzustreben. Dienstwohnungen sind ohne weiteres als unter die Vorschriften des obengenannten Staatsministerialbeschlusses fallend anzusehen.

*

Zugehörigkeit zur Zwangsinnung.

Von der Pressestelle beim Reichsverband des Deutschen Handwerks wird uns geschrieben:

Durch die Tagespresse geht unter der Ueberschrift „Der Austritt aus der Zwangsinnung" eine Notiz, die anknüpft an das Urteil des Reichsgerichts vom 23. März 1926 in Sachen der freien Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin gegen die Tischlerinnung zu Berlin. Die in der Tagespresse erschienene Darstellung, insbesondere die gewählte Ueberschrift, ist gänzlich irreführend. Die erwähnte reichsgerichtliche Entscheidung bildet den Abschluß eines Streites zwischen der Berliner Tischler-Zwangsinnung und der freien Vereinigung der Holzindustriellen, deren Mitglieder zu 80 Proz. auch der Zwangsinnung angehören. Die Entscheidung geht dahin, daß die Zwangsinnung nicht befugt ist, der freien Vereinigung den Abschluß von Tarifverträgen zu verbieten, wenn auch durch diese die Mitglieder der Zwangsinnung betroffen werden. Darüber hinaus hat das Reichsgericht festgestellt, daß auch kein satzungswidriges Verhalten der Mitglieder der Zwangsinnung dadurch gegeben sei, daß diese der freien Vereinigung beitreten. Die Tariffähigkeit und Tarifberechtigung der Zwangsinnungen sei zwar anerkannt, jedoch könne die Tarifmacht der Innungen nicht weitergehen als die anderen Organisationen, insbesondere finde sie ihre Grenzen in dem Artikel 159 RV. Eine gewisse Bindung der Mitglieder an eine Tarifvereinigung sei im Interesse der Tariftreue notwendig. Nicht sei es jedoch angängig, der Zwangsinnung hierin einen Vorrang einzuräumen, da dadurch die sich aus dem Artikel 159 RV. ergebende Vereinigungsfreiheit verkümmert würde. Es müsse also auch den Mitgliedern einer Zwangsinnung freistehen, sich nach Innehaltung einer kurzen Kündigungsfrist von der Tarifmacht der Zwangsinnung zu befreien.

Weiter geht die Entscheidung des Reichsgerichts nicht, insbesondere ist es vollkommen irrig, diese Entscheidung mit der Ueberschrift „Der Austritt aus der Zwangsinnung" zu versehen. Ein Austritt aus einer Zwangsinnung ist nach wie vor nicht möglich.

*

(Tagung des preußischen Landgemeindeverbandes in Dortmund.) An dem Verbandstage des preußischen Landgemeindeverbandes West, der am 25. und 26. Juni in Dortmund stattfindet, werden mehrere hundert leitende Beamte der westdeutschen Landgemeinden teilnehmen. Der Verbandstag beginnt am Freitag nachmittag mit einer Tagung im Fredenbaum. Am Samstag spricht Ministerialdirektor Dr. Klausener über Fragen der Erwerbslosenfürsorge und Verbandsgeschäftsführer Stadtrat a. D. Dr. Schmoll über „Grundsätzliches zur Verwaltungsreform".

Die Spareinlagen bei den westfälischen Sparkassen sind im Monat Mai 1926 um rund 14 Millionen RM gewachsen, sodaß sich die Spareinlagen der westfälischen Sparkassen jetzt auf etwa 253 Millionen RM belaufen. Die Giroeinlagen haben etwa 2 Millionen zugenommen und betragen etwa 75 Millionen RM. Das Kapital der westfälischen Sparkassen beläuft sich demnach jetzt auf 328 Millionen RM. Im Mai wurden 14 500 neue Sparbücher ausgestellt.

Bergkamen, 24. Juni. **(Elternbeiratswahlen.)** An der Nordbergschule hatte man eine Einheitsliste aufgestellt, die 5 Vertreter der unpolitischen (Christl.) Partei und 4 Vertreter der politischen Partei (Weltl.) umfaßte. Eine Wahl fand nicht statt, die Vorgeschlagenen gelten für die Wahlperiode 1926 bis 1928 als gewählt. Es sind dies: 1. Weiß Hermann, 2. Kluge Rudolf, 3. Obst Hermann, 4. Trippe Wilhelm, 5. Wandelt Gustav, 6. Dreinert Julius, 7. Renner Adolf, 8. Pechaceck Hermann, 9. Stehmann Heinrich; Ersatzmänner: Willner Paul, Weiner Ernst, Söhnel Erdmann, Kötter Karl, Buttgereit Franz, Hilgner Ernst, Gutsmann Paul, Winkler Josef. — Pestalozzischule: (Einheitsliste). 1. Schäfers Anton, 2. Recker Karl, 3. Oginski Josef, 4. Frau Otto Mader, 5. Kröner Wilhelm, 6. Frau Otto Weber, 7. Brune Karl; Ersatzleute: Frau Johann Klimeck, Pohl Franz, Frau Josef Knieheler, Rose Theodor, Menke Karl, Lucas Peter, Rediger Gustav. — Schillerschule: 1. Frau Anna Racherbäumer, 2. Stute August, 3. Schlüter Gustav, 4. Oehler Wilhelm, 5. Frau Else Liedtke, 6. Czaia Emil, 7. Wölm Jakob, 8. Lethaus Ludwig, 9. Hünerbein Wilhelm. — Hilfsschule: Taube Paul, Stellvertreter: Wiedemann Oswald.

Zum modernen Krankenhaus.

Die Geschichte der Hellmig-Stiftung!

Unweit der nördlichen Grenze des Stadtbildes zwischen Nutzgärten und Villen, erhebt sich ein festgefügtes Gebäude, das mit seiner backsteinroten Front still zur Wernestraße herübergrüßt. Seine Bewohner lugen blaß und leidend aus den Fenstern und sehnen sich nach dem Tage, an dem sie wieder frei und gesund durch das eiserne Tor hindurchschreiten. Das ist es also: kein fröhliches Lachen, keine Stätte der Vergnügen, aber Heilung von leichter und schwerer Krankheit, eine Stätte der medizinischen Wissenschaft; das Haus für Kranke, unser Krankenhaus.

Bitter empfand man in den achtziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts, als allerorts Krankenhäuser entstanden, in Kamen den Mangel einer solchen Stätte, Vorläufig fehlten die Mittel. Da überwies die Schusterswitwe Wilhelmine Hellmig, geb. Mertin, im Jahre 1882 der Stadt durch einen gerichtlichen Schenkungsakt den Betrag von 15 000 Mk., den sie für die Errichtung eines evangelischen Krankenhauses bestimmte und den ein evangelisches Kuratorium verwalten sollte. Das Kuratorium einigte sich, da der gestiftete Betrag zur Erbauung eines Krankenhauses nicht ausreichte, dahin, weitere Liebesgaben abzuwarten. Größere und kleinere Beträge, u. a. 3 000 Mark von dem Bohrunternehmer Winter, gingen ein. Im Jahre 1887 erreichte der Fonds bereits die Höhe von 30 869 Mark.

Das Kuratorium war jedoch angesichts des dringenden Bedürfnisses nicht müßig gewesen und hatte schon 1884 ein kleines Haus an der Nordenmauer, jetzt Nr. 30 — dem Metzgermeister Julius Borstädt gehörig —, gemietet und zum Krankenhause eingerichtet. Bald zeigten sich räumliche Mängel und das Bedürfnis nach einer geordneten Krankenpflege trat, besonders seit Errichtung der gesetzlichen Krankenkassen, immer lebhafter auf. Das Kuratorium kaufte deshalb von dem Vikariefonds ein Gelände vor dem Nordentor, um dort mit einem eigenen Krankenhausbau zu beginnen. Unter rühriger Teilnahme nicht allein der evangelischen Bürgerschaft, sondern auch vieler Gönner und Spender der Nachbargemeinden, ja auch zahlreicher Kamener Söhne, die weit in der Welt zerstreut, ihre Vaterstadt nicht vergessen hatten, wuchs der Bau. Pastor Fr. Pröbsting zu Kamen nennt in seiner „Geschichte der Stadt Camen", die uns zu dieser Betrachtung manch nützlichen Wink gab, das Krankenhaus

ein Ehrendenkmal frommer Nächstenliebe in unserer Stadt.

Der Gelsenkirchener Bergwerks-Aktienverein übernahm den letzten Baurest und die Kosten von 50 000 Mark waren gedeckt. Feierlich wurde das Krankenhaus am 30. August 1889 eingeweiht und seiner Bestimmung übergeben. Teils durch Schenkungen der Gräfin Kielmannsegge zu Kappenberg, teils durch Ankauf aus Mitteln der Stiftung wurden angrenzende Gärten dem Komplex zugesellt und so der Boden für weitere Ausdehnung gesichert. Schon im Jahre 1898 wurde ein Erweiterungsbau an den Seitenflügeln notwendig und seine Ausführung schaffte weitere Aufnahmemöglichkeiten.

Im Laufe der Zeit machte sich jedoch der Raummangel immer bemerkbarer. Der Ausbruch des Weltkrieges, die Inflationszeit und die zeitweilige unsichere Lage Kamens als Bergwerksstadt brachten eine Aufschiebung der unabweislichen Forderung eines Um- oder Neubaues mit sich.

Das heutige Krankenhaus kann mit seinen Mängeln

weder als modern, noch als ausreichend oder auch hygienisch befriedigend angesprochen werden. Man kann diese Umstände in den Worten „drückender Platzmangel" zusammenfassen.

Das Krankenhaus wies in den letzten Jahren durchschnittlich 1000 Aufnahmen auf. Bei einem verfügbaren Raum von 42 Betten hatte es in den letzten Jahren eine durchschnittliche Belegzahl von 55 Patiente n für jeden Tag. Keller sind bis auf zwei kleinere Räume nicht vorhanden, sodaß Räume des Erdgeschosses als Vorratsräume dienen müssen und so wertvollen Platz rauben. Jegliche Nebenräume (Teeküchen, Vorratsräume der Station usw.) fehlen. Die Badegelegenheit entspricht nicht im geringsten dem Bedürfnis; so auch die Klosetts. Bei den alljährlichen Besichtigungen des Hauses durch die Aufsichtsbehörde wurde die Hygiene öfters bemängelt und dies in Schreiben an die Stadtverwaltung dokumentiert.

Die Abtrennung einzelner Stationen ist unmöglich. Der Operationsraum liegt zwischen den Krankenzimmern. Vorbereitungszimmer, Destillationsraum und Verbandsraum fehlen. Die oft schwerkranken Patienten neben dem Operationsraum müssen den — wohl gedämpften, aber umso mehr erregenden — Lärm des Operationsbetriebes bei Tag und Nacht über sich ergehen lassen. Wie moralisch erdrückend das ist, kann nur der empfinden, der selbst jene chloroformgeschwängerte Luft geatmet, selbst als Kranker dem metallischen Singen der Räder fahrender Betten gelauscht hat. Da ist notwendig, zu sagen, wie groß die Zahl der chirurgisch behandelten Patienten ist. Von den rund 1000 der jährlich aufgenommenen Kranken werden 600 operativ behandelt. Wie hemmend muß es da wirken, daß dem jetzigen Krankenhaus Aufzüge völlig fehlen? Um den operierten Kranken möglichste Ruhe zu sichern, sind sie im dritten Stockwerk untergebracht. Ungeheuer ist die Vergeudung an Arbeitskraft, die der jeweilige Bahrentransport über drei Treppen erfordert. Sie wird nur sekundiert von der Zeitverschwendung, die das ständige Umräumen der einzelnen Stationen mit sich bringt. Für die Schwestern fehlen reguläre Räume. Sie schlafen heute dort, morgen dort. Wie viel Unruhe ergibt sich nicht zuletzt daraus, daß die Tobzelle inmitten der Station liegt, daß die Treppen durch keine Türen oder Wände von den Krankenzimmern getrennt sind, sondern direkt daran anstoßen, jene Treppen, auf denen täglich Krankentransporte von oben nach unten und von unten nach oben erfolgen.

Fast täglich fühlt man den Mangel einer sogenannten Privatkrankenabteilung. Fast alle diese Kranken müssen abgewiesen oder unter die Stationen verteilt werden. Werdende Mütter, die im Krankenhaus besonderen Schutz finden möchten, können zumeist nicht aufgenommen werden: „Platzmangel!" Und sind glücklich die Belegziffern mal einigermaßen befriedigend und die Kranken abgeschlossen untergebracht, so wird totsicher ein Patient eingeliefert, der an einer ansteckenden Krankheit leidet. Bei dem

Fehlen einer Isolierstation für Infektionskranke

muß, wenn der Kranke überhaupt hier aufgenommen werden kann, ein ganzer Flügel ausgeräumt, die übrigen Kranken in bedrückende Enge zusammengelegt werden, damit der ganze Flügel wegen eines oder einiger Kranken abgeschlossen werden kann.

All diese Mängel wollen mit der Zeit beseitigt werden. Ideal und sehr einleuchtend wäre ja ein Neubau. Zu diesem fehlt uns, d. h. der Hellmigstiftung, lediglich das Geld. Man berechnet die Baukosten eines modernen Krankenhauses einschl. aller Nebenräume und Ausstattung auf etwa 20 000 Mark für jedes Krankenbett. Daraus ergibt sich sofort, daß heute noch ein vollständiger Krankenhausneubau unmöglich ist. Bliebe nur der Umbau. Darüber wurde bereits mehr als genug projektiert und gezeichnet, doch scheiterten die meisten Pläne an der nicht vorhandenen Kanalisation. Die Grundwässer treten dort in unerträglichem Maße auf und verhinderten so die mehrfach geplante Unterkellerung. Wir werden aber in der Fortsetzung hören, wie den dringenden Mißständen im Krankenhause gesteuert werden soll und wie weit das Städtische Bauamt auf dem Wege zum modernen Krankenhaus bereits fortgeschritten ist.

(Schluß folgt.)

Kurl, 24. Juni. **(Von der Körne-Regulierung.)** Langsam aber stetig schreiten die Arbeiten zur weiteren Regulierung der Körne vorwärts. Nachdem bis vor kurzem nur zwei Abteilungen, nämlich je ein Trupp der Firma Arold aus Kassel in Höhe der Berger Mühle bei Westick und der Firma Grün und Bilfinger aus Mannheim in Höhe des Bahnhofes Kurl beschäftigt waren, wurden nun seit einigen Wochen durch die Firma Arold zwei weitere Abteilungen angesetzt, die an der Kreisstraße in Wasserkurl und in Husen in der Nähe des Landwirts Schulze-Gahmen arbeiten. Es ist erklärlich, daß die Arbeiten unter der schlechten Witterung sehr zu leiden haben. Waren sie schon durch starke Fließvorkommen und Unterspülungen sehr erschwert, so gesellte sich zu diesen Hindernissen unaufhörlicher Regen, der oft in kurzer Zeit die Arbeit mühevoller Tage wieder zunichte macht. Aber Schritt für Schritt ringt man dem unwirtlichen Boden ab und bald werden sich die Hoffnungen der anliegenden Bewohner erfüllen und mit der Fertigstellung des neuen Körnebettes auch die Ueberschwemmungen der Gärten u. die Hochwasser der Keller aufhören.

Lünen, 23. Juni. **(30jähriges Bürgermeisterjubiläum.)** Der Erste Bürgermeister der Stadt Lünen Ernst Becker kann am 1. Juli das 30jährige Jubiläum seiner Tätigkeit als Bürgermeister feiern. Er übernahm mit 26 Jahren die Bürgermeistergeschäfte Lünens. Ihm verdankt die Stadt ihre ansehnliche industrielle Entwicklung. Im Jahre 1923 wurden die Gemeinden Gahmen, Horstmar und Beckinghausen eingemeindet, wodurch die Zahl der Einwohner auf 26 000 stieg. Bei der Eingemeindung des südlichen Teiles des Amtes Derne nach Dortmund wird der nördliche Teil zu Lünen kommen. Dann wird die Einwohnerzahl Lünens 30 000 überschreiten und der Zeitpunkt gekommen sein, aus dem Kreisverband des Landkreises Dortmund auszuscheiden. Die Bürgerschaft wird dem Bürgermeister zu seinem 30jährigen Dienstjubiläum entsprechende Ehrungen bereiten.

Hamm, 23. Juni. **(Schwere Strafen für Schupobeamte.)** Vor der Wirtschaft zum Kleinbahnhof in Soest standen vier Schupobeamte, die einen kleinen Wortwechsel hatten. Als die Wirtin dies hörte, bot sie Feierabend, um keine Unannehmlichkeiten zu haben. Mehrere Soester Bürger wurden, als sie das Lokal verließen, von den Schupobeamten angerempelt. Der Schupobeamte Schlüngel fiel mit einem derben Stock über die Passanten her. Auch der Unterwachtmeister Schneider beteiligte sich an der Mißhandlung. Ihre Opfer liegen lassend, flüchteten alle vier. Der Hauptverletzte, Dr. M., schwebte längere Zeit in Lebensgefahr und leidet noch heute an den Folgen der Verletzungen. Ein Herr L. kann auch heute seinen Beruf noch nicht voll ausfüllen. Vom Schöffengericht wird Unterwachtmeister Paul Schlüngel zu 1½ Jahren Gefängnis bei sofortiger Verhaftung und Unterwachtmeister Fritz Schneider zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden andern wurden freigesprochen.

Bövinghausen, 23. Juni. **(Umbenennung des Bahnhofes Merklinde.)** Die Reichsbahndirektion Essen teilt mit, daß durch Verfügung der Reichsbahn-Hauptverwaltung die Umbenennung des Bahnhofes Merklinde in „Bövinghausen" genehmigt worden ist. Die Aenderung wird vom 1. Juli ab durchgeführt werden.

Dortmunder Rundschau.

Fast kein Tag ohne Selbstmord oder wenigstens ohne den Versuch eines solchen vergeht hier. So versuchte Montag Abend der Kellner Paul R., sich mittels seiner Hosenträger zu erhängen. Die Ursache waren Meinungsverschiedenheiten, die er sich scheinbar sehr zu Herzen genommen hatte. Man fand ihn auf der Toilette, wo er sich mit seinen Hosenträgern an dem Rohr, das zum Wasserkasten führt, aufgehängt hatte. Es gelang, ihn wieder ins Leben zurückzurufen.

(Ueberfall aus Rache?) Ein gespanntes Verhältnis besteht seit einiger Zeit zwischen dem Kaufmann R. in Lindenhorst und seinen Mietern. In einer Kirchenraubangelegenheit soll R. gegen seine Mieter Anzeige bei der Polizei erstattet haben. Aus Wut hierüber wird er nun dauernd von diesen verfolgt. Schon einmal wurde er angefallen und ihm ein Messerstich in den Rücken versetzt. Als er Montag abend im Garten seiner Besitzung im Lehnstuhl saß, erhielt er plötzlich einen Schlag mit einem harten Gegenstand über den Kopf, der ihm die Besinnung raubte. Er wurde später von Bekannten blutend bewußtlos aufgefunden. Von den Tätern fehlt jede Spur. Man glaubt aber, daß seine Widersacher die Hand im Spiele haben.

(Kindesmord vor dem Schwurgericht.) Unter Ausschluß der Oeffentlichkeit wurde gegen die berufslose 23jährige Anna Sibbe aus Bövinghausen wegen Kindesmordes verhandelt. Sie hatte am 12. März ds. Js. ihr uneheliches Kind gleich nach der Geburt vorsätzlich getötet. Der Staatsanwalt beantragte 3 Jahre Gefängnis. Das Gericht erkannte auf 2 Jahre 6 Monate Gefängnis, unter Anrechnung von zwei Monaten Untersuchungshaft. Nach Verbüßung von 1 Jahr soll geprüft werden, ob der Rest der Strafe bei einer Bewährungsfrist ausgesetzt werden kann.

(Unverantwortlicher Leichtsinn.) Der 19jährige Bremser Wilhelm Gärtner hatte sich wegen Vorgehens gegen die Bergpolizeiverwaltung vom 1. Januar 1911 zu verantworten. Ihm wurde zur Last gelegt, geduldet zu haben, daß die von ihm bediente Fördereinrichtung auf der Zeche „Dorstfeld" unzulässiger Weise zur Seilfahrt benutzt wurde. Es wurde vor Gericht festgestellt, daß diese Fördereinrichtung recht häufig von jüngeren Bergleuten benutzt wurde. Das Strafbuch der Zeche weist eine Reihe von Namen junger Arbeiter auf, die bei diesem leichsinnigen Beginnen gefaßt worden waren. Am 5. Januar 1926 ereignete sich sogar ein Unglück. Ein Lehrhauer benutzte den Förderkorb, um vom Sumpf nach Ort 8 zu fahren; während der Fahrt stürzte er ab, fiel in den Sumpf und konnte nur als Leiche geborgen werden. Dem Gärtner konnte jedoch eine strafbare Handlung oder Unterlassung nicht nachgewiesen werden, da er unwiderlegt behauptet, daß er die die Fördereinrichtung benutzenden Bergleute nie gesehen habe und auch vom Haspel aus nicht sehen konnte. Das Gericht kam daher zur Freisprechung des Angeklagten aus tatsächlichen Gründen.

(Ein Zusammentreffen mit üblen Folgen.) Der 32 Jahre alte Maschinist Franz Weiß hatte gegen seine Frau, die ihm des öfteren schon durchgebrannt war und ihn wieder einmal auf längere Zeit im Stich gelassen hatte, wegen Ehebruchs die Entscheidungsklage eingereicht. Da traf er sie am 24. Januar 1926 unerwartet am Königshof. Er stellte sie und erbat ihre Adresse. Sie gab ihm eine falsche. Darob erbost, zog W. das Taschmesser und stach auf die treulose Frau ein. „Der Lump, der Schuft hat mich gestochen!" rief die Frau. Sa kam Weiß zur Besinnung und ging zur Polizei, um Anzeige zu erstatten. Die Frau hat nur unbedeutende Verletzungen davongetragen. Das Gericht bestrafte den Weiß mit 3 Monaten Gefängnis, beschloß aber Strafaussetzung.

Westfalen a Rheinland

Kastrop, 23. Juni. **(Ueberfahren und getötet.)** Auf der Wittenerstraße in der Nähe der Wirtschaft Hovemann kam es zu einem schweren Autounfall, der ein Menschenleben kostete. Ein Arbeiter Joh. D. wurde von dem Personenauto der Firma David Goldberg (Datteln) überfahren und auf der Stelle getötet.

Kastrop, 23. Juni. **(Betriebsstillegung.)** Die Oberkastroper Ringofen-Ziegelei, Inhaber Leßmöllmann u. Co., hat ihren Betrieb eingestellt, da wegen Absatzmangel die Lagerstätten und die Höfe übervoll von fertigen Ziegeln liegen.

Wanne, 23. Juni. **(Ein Werber der Fremdenlegion festgenommen.)** In Recklinghausen wurde ein gewisser K. festgenomemn, der junge Deutsche für die Fremdenlegion warb. K., der in Eupen in Belgien wohnt, war früher ansässig in Wanne. Auch hier soll K. mehrere junge Leute für die Legion geworben haben.

Buer, 23. Juni. **(Eine Unglücks-Wagenlenkerin.)** In der Hugostraße wurde ein zweijähriges Kind von dem Brotwagen eines Bäckers aus Buer-Beckhausen überfahren und getötet. Der Wagen wurde von einer Frauensperson gefahren, die vor einigen Monaten auch das Fuhrwerk lenkte, das in Gelsenkirchen an dem Bahnübergang Heßlerstraße mit dem Hamburger D-Zug zusammenstieß, wobei zwei Personen getötet wurden. Die Wagenlenkerin, die hierbei selbst schwere Verletzungen davontrug, war erst vor einigen Tagen aus dem Krankenhause entlassen worden.

Essen, 23. Juni. **Ein schwerer Zusammenstoß** ereignete sich an der Ecke Paulinen- und Franziskastraße zwischen einem Personenwagen und einem Motorrad. Der Motorfahrer, sowie eine Beifahrerin wurden schwer verletzt.

Barmen, 23. Juni. **(Verhaftete Diebe.)** Zu dem Diebstahl von Erwerbslosengeldern in Höhe von 26 000 Mark aus einem Transportwagen wird bekannt, daß zwei der Täter inzwischen verhaftet wurden und daß auch das Versteck mit einem Teil des Geldes ausfindig gemacht werden konnte. Es fehlen noch etwa 14 000 Mark, die sich in den Händen der flüchtigen Täter befinden dürften.

Krefeld, 22. Juni. **(Unglücklicher Ausgang einer Schwarzfahrt.)** Der Sohn eines Fahrradhändlers unternahm mit drei Freunden im Auto seiner Eltern eine Fahrt. Hierbei fuhr das Auto auf der Straße nach St. Toenis gegen einen Baum, überschlug sich und begrub die vier Insassen unter sich. Während der Führer mit dem Schrecken davonkam, wurden die drei Mitfahrenden schwer verletzt.

Köln, 23. Juni. **(Eisenbahnunglück bei Wiesdorf.)** In der Nacht gegen 12 Uhr stieß ein von Köln gekommener Personenzug auf dem Bahnhof Küppersteg auf einen im Nebengleis haltenden Güterzug auf. Ein Reisender wurde leicht verletzt. Der Materialschaden ist beträchtlich. Etwa zwei Stunden vorher war die Lokomotive des Güterzuges entgleist.

Köln, 23. Juni. **(Brandunglück.)** In der Dachpappen- und Asphaltfabrik Beer u. Söhne in Kalscheuren brach, wahrscheinlich infolge Entzündung eines Destillierapparates, ein Feuer aus, das rasch größeren Umfang annahm. Ein Werkmeister wurde durch eine Stichflamme schwer verletzt; er ist inzwischen gestorben. Außerdem sind drei Arbeiter an den Folgen der erlittenen Verletzungen gestorben. Der Herd der Explosion liegt wahrscheinlich unter den Trümmern. Die Fabrik ist, bis auf kleinere Nebengebäude, vollkommen zerstört.

Internierung eines Darmstädter Hochschulprofessors

in der Tschechoslowakei.

Professor Eberhardt von der Technischen Hochschule Darmstadt nahm mit dem Freiballon „Darmstadt" als Führer und Ballonmeister Butler und Direktor Deju, Darmstadt als Passagiere an dem Internationalen Freiballonwettflug in Münster teil. Der Ballon mußte nach etwa 14stündiger Fahrt landen. Infolge dichten Nebels war dem Führer eine genaue Ortientierung nicht möglich. Die Landung erfolgte etwa 30 Kilometer von der Grenze bei Saaz in der Tschechoslowakei. Während es Direktor Deju gelang, alsbald die Ausreiseerlaubnis zu erhalten, wurden Professor Eberhardt und der Ballonmeister interniert. Der Ballon „Darmstadt" wurde beschlagnahmt.

Um das Vermögen der Habsburger.

Bestrebungen für Aufhebung der Beschlagnahme.

Die Konservative Volkspartei Oesterreichs hat sich unter Berufung auf das Ergebnis des Volksentscheides in Deutschland an die Wiener Großdeutsche Volkspartei mit dem Ersuchen gewandt, in Oesterreich für die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens der Habsburger einzutreten, weil die Gründe, die die Deutsche Volkspartei gegen die Enteignung in Deutschland geltend gemacht habe, auch für die Großdeutsche Volkspartei hinsichtlich der Aufhebung der Beschlagnahme in Oesterreich Geltung haben müßten. — Wie eine Wiener Korrespondenz berichtet, wird sich die Großdeutsche Volkspartei mit der an sie gestellten Forderung, für die Aufhebung der Beschlagnahme des Vermögens der habsburgischen Fürsten einzutreten, beschäftigen. Großdeutsche Politiker erklären aber, ohne den Beschlüssen der Parteileitung vorgreifen zu wollen, daß die Sachlage in Oesterreich eine ganz andere sei als in Deutschland.

*

Kleine Nachrichten.

Im Unterrichtsausschuß des Preußischen Landtages wurde ein Antrag Buchhorn (D. Vpt.), möglichst bald ein allgemeines Naturschutzgesetz vorzulegen, einmütig angenommen.

In der Angelegenheit des verhafteten Eisenbahn-Inspektors Jüngling vom Eisenbahn-Betriebsamt Frankfurt-Oder wurde Material gefunden, das für andere Eisenbahnbeamte mehrfach belastend ist, sodaß man sich zu einer Durchsuchung des ganzen Betriebsamtes entschlossen hat.

Auf Sumatra hatten bei einem Zusammenstoß zwischen Polizisten und aufständischen Eingeborenen im Bezirk Ober-Troemon im Atjeh-Gebiet die Aufständischen 12 Tote.

Aus dem Reiche.

In 150 Minuten von München auf die Zugspitze.

Nach Eröffnung der Zugspitzbahn kann man in nur 2½ Stunden von München auf die Zugspitze gelangen. Es wird dann eine ganz neue Art von elektrischen Zügen zwischen München und Ehrwald verkehren, ein elektrischer Triebwagen, der gleichzeitig Personenwagen ist und noch zwei weitere Personenwagen zu ziehen vermag. Dieser neue Zugtyp, der täglich verkehren wird, braucht von München bis Garmisch 90 Minuten, von Garmisch bis Ehrwald 30 Minuten; 15 Minuten benötigt man für den Weg von der Talstation Untermoos bis zum Ausgangspunkt der Zugspitzbahn. In den restlichen 15 Minuten fährt man dann auf der neuen Schwebebahn zum Kamm der Zugspitze.

Das Finanzamt kann nicht verklagt werden.

Ein Angestellter eines Finanzamtes, dem gekündigt worden war, hatte gegen dieses Klage beim Gewerbegericht erhoben und beantragt, die Kündigung nach dem Betriebsrätegesetz als unbillige Härte anzusehen und das Finanzamt zur Weiterbeschäftigung oder den Rechtsfolgen zu verurteilen. Das Gewerbegericht gab der Klage statt. Auf die Klage des Reichsfiskus, vertreten durch den Präsidenten des Landesfinanzamtes, erklärte aber das Landgericht das Urteil des Gewerbegerichts für unwirksam. Das Finanzamt sei aber weder partei- noch prozeßfähig. Es lag auch keine Bevollmächtigung des Vorstehers des Finanzamtes für den Rechtsstreit vor. Gesetzlicher Vertreter ist das Finanzamt nicht. Alleinige Partei ist der Reichsfiskus, der durch den Präsidenten des zuständigen Finanzamtes vertreten wird.

Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer Dortmund

Die Industrie- und Handelskammer beschäftigte sich in ihrer letzten Vollversammlung mit einer Reihe von wichtigen Wirtschafts- und sozial-politischen Fragen.

Reichstagsabgeordneter Dr. Klönne, sprach über die Bedeutung einer evtl. Ratifikation des Washingtoner Abkommens für die deutsche Wirtschaft und damit zusammenhängende Fragen. Eine Ratifikation des Washingtoner Abkommens kann nach Auffassung führender Kreise nur äußerst nachteilige Folgen für die deutsche Wirtschaft haben, insbesondere wird eine Erfüllung der durch die Friedensverträge übernommenen Verpflichtungen unter den Auswirkungen des Abkommens unmöglich werden.

Den Entwurf eines Städtebaugesetzes behandelte der 1. Geschäftsführer Dr. Martin. Nach einem kurzen geschichtlichen Ueberblick über die Entwicklung des Städtebauwesens, insbesondere im Industriebezirk, nahm er zu den Grundzügen des Entwurfs Stellung. Die Bestimmungen des Baufluchtliniengesetzes vom Jahre 1875 haben sich für die neuzeitlichen Verhältnisse als nicht mehr ausreichend erwiesen, die technischen Grundgedanken des Entwurfs erscheinen richtig, die Eingriffsbefugnisse der Gemeinden und Behörden in die Grundeigentumsrechte aber als zu weit gehend. In der anschließenden Ansprache wurde u. a. das Bedenken laut, daß die öffentliche Hand auf Grund der Bestimmungen des Gesetzes in größerem Umfange Grundstücke zu niedrigen Preisen an sich bringen könnte. Auch die Befürchtung, daß die private Bautätigkeit noch stärker als bisher zurückgedrängt wird, ist nicht von der Hand zu weisen; durch die den Gemeinden eingeräumten Befugnisse können Störungen des Kreditwesens, das sich in vielen Fällen auf dem Werte der Grundstücke aufbaut, eintreten.

Der von dem Berichterstatter vorgelegte Beschlußantrag fand die Zustimmung der Vollversammlung in folgender Form:

„Bei grundsätzlicher Anerkennung der Notwendigkeit, durch Sicherstellung der baulichen u. verkehrstechnischen Entwicklung der Städte gesunde Siedlungspolitik zu treiben, vermag die Industrie- und Handelskammer Dortmund den Entwurf eines Städtebaugesetzes in vorliegender Form nicht gutzuheißen. Die durch die Entwicklung der letzten Jahre entfesselte Eigentumsfeindschaft hat dazu geführt, daß der Entwurf aufgestellt wurde, ohne daß den von seinen Bestimmungen betroffenen Kreisen der Grundeigentümer, insbesondere den Unternehmern in Industrie, Handel und Gewerbe eine hinreichende Mitarbeit gewährt worden ist.

Indem wir den Versuch der Durchführung noch nicht geklärter bodenreformerischer Gedanken ausdrücklich zurückweisen, verwahren wir uns grundsätzlich gegen alle Angriffe auf die Unverletzlichkeit des privaten Eigentums an Grund und Boden, die zur Zerstörung des für die Wirtschaft heute mehr als je notwendigen Bodenkredits führen müssen.

Entziehung des Eigentums und Beeinträchtigung von Nutzungsrechten darf nur unter dem Schutze ausreichender Rechtsmittel und nur gegen angemessene Entschädigung in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Rahmen stattfinden."

Ueber die Regierungsbegründung zum Arbeitslosen-Versicherungsgesetz berichtete der stellvertretende Geschäftsführer Dr. Fischer. Er wies in seinen Ausführungen besonders darauf hin, daß die Arbeitsmarktlage sich seit der Abfassung der Begründung wesentlich verschlechtert hat und die Begründung deshalb heute nur als Material verwertet werden kann. Sie baut auf einer Einnahme aus Beiträgen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Höhe von jährlich 33 Millionen RM. und einer Beitragshöhe von 2% des Grundlohnes auf. Der Betrag würde ausreichen, um jährlich etwa 525 000 Arbeitslosen die Leistungen der Versicherung zugute kommen zu lassen. Die Zahl der Arbeitslosen schwankt aber seit langem schon zwischen 1½ und 2 Millionen, sodaß die katastrophale Entwicklung des Arbeitsmarktes zu einem Zusammenbruch hätte führen müssen. Unter normalen Wirtschaftsverhältnissen stehen dem Uebergang von der Erwerbslosenfürsorge zur Arbeitslosenversicherung keine Bedenken entgegen. Die jetzigen anormalen Wirtschaftsverhältnisse machen die Verwirklichung dieses Planes indes unmöglich und für die Wirtschaft untragbar. Des weiteren kann nicht darauf verzichtet werden, daß Reich, Länder und Gemeinden an der Aufbringung der Kosten beteiligt werden.

Zu dem Entwurf eines Spiritusmonopolgesetzes trug Reichstagsabgeordneter Schulz-Gahmen einzelne Abänderungsvorschläge des Brennereigewerbes vor welche die Kammer weiter verfolgen wird.

Das Kammermitglied E. W. Schulte berichtete über den Entwurf eines Gesetzes zur Abwendung des Konkurses, eine Frage, mit der sich die Kammer schon des öfteren befaßt hat. Der jetzige Entwurf entspricht im großen und ganzen den Wünschen der Wirtschaft. Sodann wies Herr Schulte auf die Bedeutung des Gerstenzolles für die deutsche Wirtschaft hin. Mit der Erhöhung des Gerstenzolles auch für Futtergerste kann er sich nicht einverstanden erklären. Es muß wie in der Vorkriegszeit für Futtergerste ein niedriger Zollsatz gefordert werden, um die deutsche Viehhaltung (Schweinemast) zu fördern. Hierdurch erwachsen mittelbar auch der deutschen Landwirtschaft Vorteile.

Nach Kenntnisnahme des Geschäftsberichts wurde die Sitzung vom Vorsitzenden geschlossen.

Zum Entwurf eines Städtebaugesetzes.

Stellungnahme der Vereinigung von Industrie- und Handelskammern:

„Der dem Staatsrat vorgelegte Entwurf eines Städtebaugesetzes schafft für die rechtliche Regelung der Bodenverhältnisse in Preußen eine völlig neue Grundlage. Es muß in erster Linie vor einer überstürzten gesetzlichen Bindung aufs dringendste gewarnt werden.

Aufgabe eines Städtebaugesetzes ist es, in vorausschauender Weise die Entwicklung der Städte in baulicher und verkehrstechnischer Beziehung sicherzustellen. Diesen Grundgedanken des Gesetzes begrüßen wir durchaus und erklären unsere Bereitwilligkeit, in diesem Sinne an der Ausarbeitung des Gesetzes mitzuwirken. Wir fühlen uns aber verpflichtet, unzweideutig Einspruch gegen die in dem Gesetzentwurf vorherrschende Tendenz zu erheben, die bauliche Entwicklung der Städte sicherzustellen unter Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der der zeitigen Eigentümer.

Der von der Reichsverfassung festgelegte Grundgedanke einer Unverletzlichkeit des Privateigentums muß auch in diesem Sondergesetz so unversehrt bleiben, daß weder im Inland noch im Ausland der leiseste Zweifel an der rechtsgesicherten Unverletzlichkeit des Privateigentums auftreten kann.

Das geplante Gesetz steht in wesentlichen Teilen, insbesondere in seinen zu weitgehenden Bestimmungen über Umlegung und Enteignung im Widerspruch zu dem Grundgedanken der Reichsverfassung. Er läßt die Sicherungen vermissen, die zum Schutze des Privateigentums erforderlich sind. Ein Eingriff in dieses zugunsten der Allgemeinheit hat einen ausreichenden Rechtsschutz und ein geordnetes Rechtsverfahren zur unerläßlichen Voraussetzung, das dem Privateigentümer die Möglichkeit der Wahrung seiner Rechte in vollem Umfange und eine vollständige Entschädigung gewährleistet. Insoweit bedarf der Gesetzentwurf nicht nur einer neuen Durchsicht, sondern auch einer grundlegend anderen Tendenz.

Wir sind uns bewußt, daß eine gesunde städtebauliche Entwicklung auch vom Grundeigentümer Opfer verlangt. Wir verwahren uns aber gegen übertriebene und ungenügend entschädigte Entziehungen und Beschränkungen des Eigentums und der mit ihm verbundenen Rechte am Grund und Boden, die zwangsläufig zur Erschütterung der Wirtschaft und zur Vernichtung des Bodenkredits führen müssen. Hierdurch würde der Zweck des Gesetzes selbst vereitelt werden.

Wir erwarten, daß der Staatsrat seine Zustimmung dem Gesetz solange versagt, bis die von uns gekennzeichneten Mängel des Gesetzes beseitigt sind."

Vereinigung von Industrie- und Handelskammern des niederrheinisch-westfälischen Industriegebiets, die Industrie- und Handelskammern Altena, Barmen-Elberfeld, Bochum, Dortmund, Duisburg-Wesel, Düsseldorf, Essen, Krefeld, Münster, Remscheid und Solingen. — Angeschlossen haben sich dieser Stellungnahme sodann der Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen, die Nordwestliche Gruppe des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller und der Verein für die bergbaulichen Interessen. — In diesem Zusammenhang sei auch nochmals auf den veröffentlichten Bericht über die Vollversammlung der Industrie- und Handelskammer in Dortmund verwiesen, die sich ebenfalls eingehend mit dem Entwurf eines Städtebaugesetzes beschäftigt hat.

Auslandsnachrichten.

Ganz recht!

Die Neuyorker Staatszeitung schrieb kürzlich: Es gibt vielleicht kein Land, das so selbständig und frei zu sein verdient als Deutschland, weil keins seine Freiheit so rein und einzig zu innerer, jedem wohltätiger Anstrengung zu benutzen geneigt ist. Der Deutsche hat unter allen Nationen am wenigsten eine zerstörende und am meisten eine immer in sich zurückwirkende Kraft, und wenn der Besitz der Freiheit gerettet ist, wird Deutschland sicher bald in jeder Art der Bildung der Besinnung hervorragen.

Poincarees „Locarno"-Geist.

Poincaree hielt bei der Einweihung eines Kriegerdenkmals eine Rede, in der er betonte, daß, da es bisher kein obligatorisches Schiedsgericht und keine internationale Gendarmerie und Polizei gebe, der beste Schutz des Friedens gut ausgerüstete und gut ausgebildete Truppen und gutes Kriegsmaterial seien.

Ein Schlauberger.

Der griechische Präsident hat, um die Währung zu sichern, beschlossen, jedem, der seinen Sommeraufenthalt im Auslande verbringen will, eine Sondersteuer von 100 bis 200 ℳ aufzuerlegen. Da etwa 50 000 Griechen ein Paßvisum für das Ausland gefordert haben, werden diese Sommerreisen der Staatskasse eine erkleckliche Summe einbringen.

Moskauer Hoffnungen.

Bei der Erörterung des Volksentscheids in Deutschland heißt es in der russischen Presse, daß der Volksentscheid, wenn er auch zu keinem positiven Ergebnis geführt habe, das erste Warnungszeichen für die deutsche Bourgeoisie sei. Die Komintern begrüßt die Einigung, die zwischen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands und der kommunistischen Partei Deutschlands in dieser Kampagne in die Erscheinung getreten sei. Für die erste Zukunft sei in Deutschland mit der Zunahme der monarchistischen Tendenz zu rechnen, die letzten Endes zu Reibungen und Zusammenstößen führen würde.

Wirtschaft u. Handel

(Rheinisch-westfälisches Kohlensyndikat.) Die Mitgliederversammlung in Essen genehmigte die Uebertragung des Bergwerkseigentums der nachstehenden Mitglieder: Bochumer Verein für Bergbau u. Gußstahlfabrikation A.-G., Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten-A.-G., Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. (außer Zeche Monopol), Phönix A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb und Zollverein, Thyssen nebst Lohberg und Rhein I auf die Vereinigten Stahlwerke A.-G. (Stahltrust). Die letztere wird als Mitglied in das Syndikat aufgenommen. — Im Anschluß hieran genehmigte die Mitgliederversammlung nachstehenden Verkaufsverein: Vereinigte Stahlwerke A.-G., Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G., Rheinische Stahlwerke A.-G., Gewerkschaft Hermann V, Gewerkschaft Auguste Viktoria, Gebrüder Stumm G. m. b. H. einschließlich Aplerbecker Aktienverein für Bergbau, Essener Bergwerksverein A.-G., König Wilhelm, wobei der Gelsenkirchener Bergwerks-A.-G. das Recht zugestanden wird, mit einer Frist bis zum 9. Juli 1926 zurückzutreten. — Die vorstehenden Beschlüsse treten am 1. Juli in Kraft.

*

Weitere Arbeiterentlassungen bei Krupp.

3—4000 Arbeiter sollen bis 1. November entlassen werden.

Das Direktorium der Firma Fried. Krupp A.-G. Essen teilt mit, daß sie sich genötigt sehe, wegen der zunehmend schlechten wirtschaftlichen Lage bis zum 1. Nov. weitere 3—4000 Arbeiter zu entlassen. Das macht für die ganze Belegschaft rund 30 Prozent aus. Für diesen Abbau werden in der Hauptsache die mechanischen Betriebe in Frage kommen. Die Kündigungen werden ab 1. Juli erfolgen.

*

(Vom Roheisenverband.) In den Verhandlungen des Roheisenverbandes wurde die Verlängerung des Verbandsvertrages auf 5 Jahre, also bis 31. Dezember 1931, beschlossen. Die Beteiligungsfrage wurde auf einer den neuen Verhältnissen angepaßten Grundlage geregelt und eine teilweise Kontingentierung des Roheisenselbstverbrauchs vorgesehen. Mit drei Werken, die nicht vertreten waren, oder Sonderansprüche stellten, muß noch verhandelt werden.

(Die Marktlage für landwirtschaftliche Erzeugnisse.) Die Preisberichtstelle beim Landwirtschaftsrat schreibt in ihrem Wochenbericht: Das deutsche Brotgetreidegeschäft, für das ja im Augenblick nur der Weizen in Frage kommt, steht vollständig unter dem Einfluß der Weltkonjunktur. Es ist dies auch nicht weiter verwunderlich, wenn man bedenkt, daß einheimische Vorräte nunmehr noch in so geringem Umfange vorhanden sind, daß sie gegenüber der starken Nachfrage, die sowohl vom Handel wie namentlich auch von den Mühlen her gegenwärtig fortgesetzt zu verzeichnen ist, so gut wie gar nicht ins Gewicht fallen. Im Anschluß an die befestigte Weizenlage erfuhr das Geschäft in Futtergetreide eine merkliche Belebung. Auch die Futtergerste erhöhte sich im selben Zeitraum Etwas geringer war die Schwankung des Haferpreises, der um ein geringes stieg. Das Angebot in Mais bleibt weiterhin sehr stark und findet bei den erhöhten Preisen der übrigen Futtermittel bei den inländischen Viehhaltern immer größeren Anklang.

Die Aenderung des Gesetzes über die Gesellschaften m. b. H., die im Reichstag ohne Aussprache in den ersten beiden Lesungen angenommen wurde, besagt, daß das Stammkapital der Gesellschaften — wie in der Vorkriegszeit — mindestens 20 000 Reichsmark, die Stammeinlage jedes Gesellschafters mindestens 500 Reichsmark betragen muß. Auf Gesellschaften, die vor dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes in das Handelsregister eingetragen oder zur Eintragung in das Handelsregister angemeldet sind, finden die neuen Vorschriften keine Anwendung, sofern nicht eine wesentliche Aenderung ihres Geschäftsbetriebes stattfindet.

Die Aktivität der deutschen Außenhandelsbilanz zeigte im Mai im Vergleich zum April eine weitere Abschwächung. Der Ausfuhrüberschuß im Mai beträgt insgesamt 25 Millionen Reichsmark im reinen Warenverkehr gegen 56 im April, und 278 Millionen Reichsmark im März. Im Mai zeigt die reine Wareneinfuhr gegenüber April eine Abschwächung um 20 Millionen Reichsmark. — Während die Einfuhr an Lebensmitteln um 14,6 Millionen Reichsmark zugenommen hat, weist die Einfuhr von Rohstoffen eine Abnahme von 32,6 Millionen Reichsmark, und die für Fertigwaren eine solche um 2,8 Millionen Reichsmark auf. Die reine Warenausfuhr zeigt im Mai im Vergleich zum April einen Rückgang um 49,7 Millionen Reichsmark. Die Fertigwarenausfuhr ist gegen April um 49,4 Millionen Reichsmark, die von Lebensmittel um 2,8 zurückgegangen. Die Ausfuhr an Rohstoffen zeigt eine Zunahme von 2,2 Millionen Reichsmark.

*

Jahrmärkte.

Erklärung der Abkürzungen.
K. bedeutet Krammarkt. V. = Viehmarkt.
VK. = Kram- und Viehmarkt. Pf. Pferdemarkt
Schw. = Schweinemarkt. T. = Tag.

Sonntag, 27. Juni: Eiringhaus b. Plettenberg K.
Montag, 28. Juni: Dortmund u. Hagen Schlachtvieh, Werth i. W. K.
Dienstag, 29. Juni: Wanne V.
Mittwoch, 30. Juni: Vreden V., Dortmund Zuchtv. Faselv., Oer i. W. K. V., Brilon K.
Donnerstag, 1. Juli: Beelen K. V., Dorsten V., Dülmen V., Münster V. u. 5 Tg. Sand, Werther K., Geseke Schw., Herne Rindv. Pf. Schw.
Freitag, 2. Juli: Wickede (Kr. Dortmund) K.
Sonnabend, 3. Juli: Wickede (Kr. Dortmund) K.

Aus aller Welt

— **Selbstmord einer Tänzerin.** In dem bekannten Drury-Lae-Theater in London hat sich eine Tragödie ereignet, von der das Publikum jedoch nichts merkte. Während der Pause verlangte eine junge französische Schauspielerin und Tänzerin, Fräulein Flory, die von einem Herrn begleitet war, den Direktor des Theaters zu sehen. Die beiden wurden nach dem Bureau geführt. Kurz vor dem Eintritt in das Foyer puderte sich die Dame noch vor einem Spiegel. Sie zögerte dann einen Augenblick, einzutreten, tat dann einen Schritt vorwärts, und in demselben Augenblick, als die Tür hinter ihr geschlossen wurde, fiel ein Schuß. Die Polizei war sofort zur Stelle und ebenso ein Arzt; aber die Schauspielerin war bereits tot. Es ist wahrscheinlich, daß die Schauspielerin Selbstmord begangen hat, wenigstens zeigte der Revolver deutliche Spuren, daß er von einer frisch gepuderten Hand gehalten worden war. Ueber die Ursache des sensationellen Dramas verlautet vorläufig nichts. Einige Personen wollen beobachtet haben, daß vorher zwischen vier Personen ein Streit stattgefunden habe.

— **Eine neue Spur im Breslauer Kindermord?** Für die weiteren Ermittlungen dürfte die Aussage einer Hausmeistersfrau vielleicht nicht ohne Belang sein. Die Frau hat die unglücklichen Kinder am Mordtage in früher Abendstunde an der Fürstenbrücke im Regen angetroffen. Der Knabe sagte ihr: „Wir müssen warten", und machte eine Handbewegung in der Richtung nach dem Oderufer. Die Frau sah dort einen gebückten Mann und glaubte an einen Angler. Bei der Rückkehr von ihren Einkäufen waren der Mann und die Kinder nicht mehr zu sehen. Als die Frau die Photogramme in den Zeitungen sah, erkannte sie die Kinder sofort wieder. Nur aus Scheu hat sie bisher mit ihrer Wahrnehmung zurückgehalten.

— **Verhängnisvoller Irrtum.** Ein junges Mädchen, das sich auf dem Heimweg von einem Besuche befand, hatte abends bei Cranz (Ostpreußen) Rast gemacht, als gerade der Förster vorüberkam. Er sah in der Dunkelheit die über den Rand des Grabens sichtbare weiße Bluse versehentlich für eine Katze an und gab auf etwa 5 Meter Entfernung einen Schrotschuß ab. Das Mädchen brach schwerverletzt zusammen und starb bald darauf. Die Staatsanwaltschaft hat die Leiche beschlagnahmt und die Untersuchung eingeleitet.

*

Von der Fliegerei.

(Werdersche Erdbeeren in Kopenhagen.) Die Verderblichkeit der Erdbeeren beeinträchtigt vielfach den Versand nach außerhalb. Man hat daher einen Luftdienst mit diesen Früchten, insbesondere nach dem Auslande, eingerichtet. Vorläufig fliegt ein Großflugzeug der Deutschen Lufthansa nach Dänemark. So gelangten unlängst 500 Kilogramm Erdbeeren in 100 Körben nach Kopenhagen. Vier Stunden, nachdem sie in Werder gepflückt waren, konnte man die Berliner Erdbeeren bereits in der dänischen Hauptstadt verspeisen.

Spiel/Sport/Turnen

Fußball.

Städtekampf Berlin—Budapest am 15. August.

Nach langer Zeit findet erstmalig wieder ein Fußball-Städtekampf zwischen den Vertretern beider Städte statt. Auf Verhandlungswegen ist als Termin der 15. August und als Ort der Veranstaltung Berlin vereinbart worden. Es ist der 7. Städtekampf dieser beiden Mannschaften. Zweimal konnte Berlin siegreich bleiben, einmal ging das Treffen unentschieden aus, während dreimal Budapest die Reichshauptstädter schlagen konnten.

Länderspiel Holland — Deutschland am 31. Oktober 1926.

Die seitens des Deutschen Fußball-Bundes mit dem niederländischen Fußball-Verband geführten Verhandlungen zwecks Austragung eines Länderfußball-Spieles sind zum Abschluß gelangt. Als Termin wurde nunmehr endgültig der 31. Oktober 1926 festgelegt. Als Austragungsort ist Amsterdam vorgesehen, wo die Holländer versuchen werden, ihre am 18. April im Düsseldorfer Stadion erlittene Niederlage mit 2:4 wieder auszugleichen.

Vereinsnachrichten

Kamen, 24. Juni. Die Freiw. Feuerwehr hielt am Dienstag abend 9 Uhr beim Wirt Habermann ihre Generalversammlung ab, die der Oberbrandmeister Herr Heinrich Rumpff sen. mit Worten der Begrüßung eröffnete. Der Kassierer, Herr Wilhelm Westhoff, erstattete hierauf einen Bericht über das finanzielle Ergebnis der Jubelfeier. Die Freiw. Feuerwehr bucht hier ein kleines Defizit, das der Kassierer auf die ganz unerwartet geringe Teilnahme der Kamener Bürgerschaft am eigentlichen Festabend, dem Kommers am Samstag abend, zurückgeführt. Nach Einteilung von Absperrungsleuten bei den Jugendwettkämpfen stellte Herr Wilhelm Mannefeld bedauernd fest, daß ein Großteil der Versammlungsbesucher nicht in Feuerwehruniform erschienen sei. Er stellte den Antrag, künftig das Erscheinen in Uniform bei allen Versammlungen und anderen Zusammenkünften zur Pflicht zu machen. Dies wurde von der Versammlung genehmigt, doch mit der Maßgabe, daß bei Ausnahmefällen auch von der Vorschrift abgewichen werden dürfe. Die Belegung mit Geldstrafen bei Erscheinen in Zivil wurde abgelehnt, da, wie der Schriftführer, Herr Konrektor Tüselmann, ausführte, die Feuerwehr in Kamen freiwillig sei, also zu nichts gezwungen werden könne. — Beim Verlesen einer Einladung nahm die Versammlung Kenntnis von folgendem Kuriosum: Die Feuerwehr in Fröndenberg lud mit Schreiben vom 17. Juni zu ihrer Feier ein. Bei näherem Zusehen stellte man fest, daß aber die Feier bereits am 13. Juni stattgefunden hatte. — Am 9., 10. und 11. Juli findet in Hagen der 64. Westfälische Feuerwehr-Verbandstag statt. Zu der Delegiertentagung am 10. Juli werden der Oberbrandmeister und Herr Friedrich Budde sen. entsandt. Für die Teilnahme am darauffolgenden sonntäglichen Fest meldete sich bereits eine Anzahl Herren. Es soll noch ein Zirkular rundgehen und Näheres in der „Kamener Zeitung" bekanntgegeben werden. Herr Karl Holtmann nahm daraufhin Anlaß, allen denen, die am Gelingen der Jubelfeier so uneigennützig teilhatten, den Mitgliedern des Turnvereins für die Tätigkeit an der Kasse und die Vorführungen, den Mitgliedern der Gesangvereine, den Herren des Festausschusses und nicht zuletzt auch den Geschäftsleuten, herzlichst zu danken. Dies fand in Beifallsbezeigungen der Versammlung warme Aufnahme. Herr Wilhelm Westhoff regte noch an, als bleibendes Andenken an die Jubelfeier ein Album herzustellen, in dem die Photographie der Feuerwehr und die einzelnen Straßenaufnahmen, die Auszüge aus der Zeitung, die Unterschriften der Feuerwehrmannen, Festprogramme usw. Aufnahme finden sollen. Das Album soll später dem Heimatmuseum übergeben werden, damit Kind und Kindeskinder auch nach langen Jahren noch Kunde von der Jubelfeier des Jahres 1926 erhalten. Die Kosten für die Anfertigung, die Herr Wilhelm Westhoff selbst übernommen hat, wurden genehmigt. Nachdem keine weiteren Anträge vorlagen, schloß Herr Heinrich Rumpff gegen 11,15 Uhr die Versammlung.

Ab Freitag

. . . überraschend und überwältigend, einzigartige Wirkungen, die **spontanen Beifall** hervorrufen.

Neue Berliner 12 Uhr.

Die letzten Tage von Pompeji.

Der Ausbruch des Vesuvs, dessen Darstellung an technischer Vollendung alles bisher Dagewesene übertrifft. . . . Der Höhepunkt ein glühender Aschenregen, der vollständig vergessen läßt, daß Filme schließlich Photographien sind und nicht wirkliche Glut.

Filme, die wir sehen wollen.

1899 **8 Uhr Abendblatt.**

Alhambra-Lichtspiele.



Statt jeder besonderen Anzeige.

Dem allmächtigen und allgütigen Gott hat es gefallen, heute mittag gegen 12 Uhr meine innigstgeliebte Frau, unsere herzensgute Mutter, Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante, die

Ehefrau Kaufmann Hans Dolle

Therese geb. Schewe

wohlvorbereitet durch einen christlich frommen Lebenswandel und gestärkt mit den Heilsmitteln der römisch-katholischen Kirche, nach kurzem, schwerem Leiden im fast vollendeten 33. Lebensjahre zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

In tiefem Schmerz:

Hans Dolle
Thea Dolle
Hänschen Dolle.

Kamen, Hagen-Boelerheide, Hamm/Westf., Brilon, den 23. Juni 1926.

Die Beerdigung findet Samstag, den 26. Juni 1926, nachmittags 4,30 Uhr, vom Trauerhause, Hammerstraße 200, aus statt. — Das feierliche Levitenamt findet am Montag, den 28. Juni, morgens 7,15 Uhr, in der Pfarrkirche zu Kamen statt. 1900



Hundesteuer.

Die festgesetzte Hundesteuerliste der Stadt Kamen für das Rechnungsjahr 1926 liegt gem. § 8 Absatz 1 unserer Hundesteuer-Ordnung vom 20. Mai 1924 **vom 28. Juni ds. Jrs. ab 2 Wochen lang** zur Einsicht auf dem Steueramt, Kirchstraße 12, aus.

Kamen, den 21. Juni 1926. 1895

Der Magistrat: gez. Berensmann.

Mahnung.

Diejenigen Pächter, welche in den diesjährigen Frühjahrshebeterminen die fällige Jahrespacht noch nicht entrichtet und auch keine angemessene Teilzahlung darauf geleistet haben, werden hiermit aufgefordert, ihren Zahlungsverpflichtungen bis spätestens 10. Juli ds. Jrs. auf der Rentei nachzukommen, widrigenfalls zu Zwangsmaßnahmen, deren Kosten zu Lasten der säumigen Pächter gehen, geschritten werden muß.

Maßgebend für die fällige Teilzahlung bleibt bis zur endgültigen Regelung der diesjährigen Pacht die halbe vorjährige Jahrespacht. 1897

Cappenberg, den 22. Juni 1926.

Die Renteiverwaltung der Standesherrschaft Cappenberg.

Roggen

kauft zu hohen Tagespreisen

Emil Sirringhaus, Weststraße 47. 1902

Hoher Verdienst

durch Vertrieb eines leicht absetzbaren, dringend gebrauchten Haushaltartikels D. R. P. Jede Hausfrau ist Käufer. Muster gegen eine Mark. Vertreter überall gesucht. Schiefer, Neukölln 2, Boddinstr. 23.

Städtische Bühnen Dortmund. 1869

Freitag, 25. Juni

Stadttheater

7½—10 Uhr

Außer Verm.

Der Kaufmann von Venedig

Burgwalltheater

7½—10¼ Uhr

Der Troubadour

Bekanntmachung.

Bewertung zwangsbewirtschafteter Grundstücke nach dem Reichsbewertungsgesetz für den Hauptfeststellungszeitraum vom 1. Januar 1925 bis 31. Dezember 1926.

Auf Grund der §§ 6 Abs. 2, 8 Abs. 2, 9 Abs. 2 der V. O. vom 25. 3. 1925 (R. G. Bl. I. S. 180) habe ich zur Bewertung der zwangsbewirtschafteten Grundstücke folgende Bestimmungen erlassen:

Es sollen bewertet werden:

I. Einfamilienhäuser § 6 V. O.
   a) mit einem Wehrbeitragswert bis zu 100 000 M. mit 60—65% des Wehrbeitragswertes
   b) mit einem Wehrbeitragswert über 100 000—200 000 M. mit 55—60% des Wehrbeitragswertes
   c) mit einem Wehrbeitragswert über 200 000 M. 50—55% des Wehrbeitragswertes.

II. Mietwohngrundstücke § 8 V. O.
   In der Regel mit 45% des Wehrbeitragswertes mit der Ausnahme, daß
   a) Wohngebäude, die in Städten mit über 50 000 Einwohnern, in Industrieorten oder im Industriegebiet liegen und im wesentlichen aus kleineren Wohnungen (2—4 Räume) bestehen und an Mieter der minderbemittelten Bevölkerung vermietet zu werden pflegen, mit 33⅓% des Wehrbeitragswertes und
   b) dieselben Wohngebäude in Arbeiterwohnvierteln großer Städte (über 60 000 Einwohner) mit Wohnungen einfachster Ausstattung bis zu 25% des Wehrbeitragswertes zu bewerten sind.

III. Geschäftsgrundstücke § 9 V. O. mit 70 v. H. des Wehrbeitragswertes mit der Ausnahme
   a) für Geschäftsgrundstücke im Industriegebiet oder in Industrieorten mit erheblicher Arbeitslosigkeit, welche mit 65% des Wehrbeitragswertes zu bewerten sind und
   b) für Fabrikgrundstücke, welche im Industriegebiet mit 50% des Wehrbeitragswertes und im übrigen des Landesfinanzamtsbezirkes mit 60% des Wehrbeitragswertes zu bewerten sind. (Anmerkung: Das Industriegebiet umfaßt die Bezirke der Finanzämter Dortmund—Süd, Nord und Land, Hörde, Witten, Hattingen, Bochum, Gelsenkirchen, Bottrop, Gladbeck, Buer, Recklinghausen, Wanne und Herne.)

IV. Die nach I bis III berechneten Bewertungssätze können noch weiter herabgesetzt werden, und zwar soweit im Einzelfalle vorliegen:
   1. Bergschäden um bis zu 5% des W. B. W
   2. Rauchschäden (Rauch ätzende Säuren) um bis zu 5% des W. B. W.
   3. besondere Besatzungsschäden (durch starke Belegung) um bis zu 5% des W. B. W.
   4. Hochwasserschäden um bis zu 5% des W. B. W.

   Die nach Ziffer IV 1—4 zulässigen weiteren Herabsetzungen kommen nur in Betracht, soweit nicht schon bei der Feststellung des Wehrbeitragswertes die bezeichneten ungünstigen Umstände berücksichtigt sind, und der Wehrbeitragswert des betreffenden Grundstücks im Verhältnis zu gleichartigen Grundstücken sowieso schon niedrig erscheint.

V. Durch die nach Ziffer IV gestattete weitere Herabsetzung der nach Ziffer I bis III berechneten Bewertungssätze dürfen die in der Verordnung für die einzelnen Grundstücksarten festgesetzten niedersten Bewertungssätze nicht unterschritten werden.

VI. Soweit in einzelnen Gemeinden oder Bezirken Einfamilienhäuser oder Mietwohngrundstücke zur Zeit regelmäßig zu höheren Preisen, als die Vorkriegspreise sind, gehandelt werden, kommt eine unter den Höchstsätzen der Verordnung liegende Bewertung nicht in Frage.

VII. Bezüglich der Geschäftsgrundstücke wird durch diese Bestimmungen diejenige des § 9 Abs. 3 der Verordnung nicht berührt.

Münster, den 15. Juni 1926. 1896

Der Präsident des Landesfinanzamts.



Buchhandlung der Kamener Zeitung.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 25. Juni, nachmittags 2 Uhr, werde ich in Bergkamen, Nordfeldstraße Nr. 217 (Sammelpunkt der Käufer)

12 Brieftauben;

ferner nachmittags 3 Uhr beim Wirt Schulze-Bergkamen in Bergkamen

1 großes Bild (Der Frühling), 2 Plüschsessel, 1 ca. 2×3 mtr. großen Teppich, 1 Salontischchen und 1 Sofa mit Umbau

öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern. 1901

Kamen, den 23. Juni 1926.

Falley, Obergerichtsvollzieher.

Continental-Straßenkarte

für Rad- und Kraftfahrer

empfiehlt die

Buchhandlung der Kamener Zeitung,

Markt 15.

Nr. 145
Zweites Blatt

Kamener Zeitung

Donnerstag,
den 24. Juni 1926.

Deutschland und Abrüstungskonferenz.

Verhandlungen im Auswärtigen Ausschuß.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages trat unter dem Vorsitz des Abg. Hergt (Dntl.) zu einer Sitzung zusammen. Von der Reichsregierung nahm Reichsaußenminister Dr. Stresemann an den Verhandlungen teil. Mit großer Mehrheit wurde folgende Entschließung angenommen:

„Unbeschadet der Stellung der Fraktionsvertreter zu den Fragen im einzelnen nimmt der Auswärtige Ausschuß davon Kenntnis, daß bei den Verhandlungen der vorbereitenden Kommission für die Abrüstungskonferenz irgendwelche Bedingungen für Deutschland nicht erfolgt sind und erhebt mit dieser Maßgabe gegen eine Fortsetzung der Beteiligung Deutschlands an den weiteren Beratungen zur Förderung des Abrüstungsproblems keine Bedenken."

Die französische Krise.

Das Endergebnis der französischen Krise scheint ein neues Kabinett Briand zu sein, falls nicht noch im letzten Augenblick neue Schwierigkeiten eintreten sollten. Das neue Kabinett Briand, das zehnte dieses Namens, wird sich auf die sogenannte neue Mehrheit stützen, d. h. es wird ein ausgesprochenes Rechtskabinett sein. Caillaux wird, falls er tatsächlich in das Kabinett eintritt, die Finanzen übernehmen; Poincaree, an dessen Mitarbeit nicht gezweifelt wird, dürfte sich vermutlich mit dem öffentlichen Unterricht begnügen, daneben aber dafür das gerade jetzt sehr wichtige Kommissariat für Elsaß-Lothringen verwalten. Das interessanteste Merkmal dieser Kombination wäre das gleichzeitige Mitwirken von Caillaux und Poincaree.

Die Tagung des D. H. V.

in München.

Im Rahmen der Tagung des Deutschnationalen Handlungsverbandes wurde in München ein Kaufmannsgehilfentag mit einer großen Kundgebung in der Flugzeughalle veranstaltet. Zwei große Referate standen im Mittelpunkt des Programms, Reichstagsabgeordneter Lambach sprach über das Thema: „Was wir wollen".

Vor 13 000 Zuhörern erklärte Lambach, die Geburt des D. H. V. habe die Erlösung für jenes überlebende Geschlecht bedeutet, dem die Entwicklung zum Großbetrieb die Pforte zum Meistertum verschlossen hatte. Gehilfe bleiben wurde zum Lebensberuf, selbständig zu werden wurde in unerreichbare Ferne gerückt. Es bestand die Gefahr, daß die kaufmännischen Gehilfen den Verführungsreden der Sozialdemokratie erlagen. 1893 wurde deshalb der D. H. V. gegründet, der heute 300 000 Mitglieder zählt. Wenn heute Wortführer der nationalen Bewegung nicht verstehen wollen, daß der D. H. V. trotz seines Kampfes gegen den Marxismus zugleich Verfechter sozialer Wünsche ist, so ist diesen der Sinn für die soziale Not der Zeit und für wahre völkische Gemeinschaft noch nicht aufgegangen. Der Verband hat seine Bewegung von vornherein auf sozialpolitische Ziele eingestellt. Der Redner ging dann auf die Bestrebungen des Verbandes ein, das Standesleben zu bessern. Man hat u. a. Erholungsheime gegründet und die Jugenburg Lobeda als Heimstätte für kaufmännische Jugendliche geschaffen. Die Gemeinnützige A.-G. für Angestelltenheimstätten hat bisher mehr als 500 000 Angestellten Familienheime gegeben. Die Lebensversicherung sei ein Markstein auf dem Wege zum Standesaufstieg. Abg. Lambach stellte sodann in den Vordergrund seiner Ausführungen die Tatsache, daß der D. H. V. seit seiner Geburt bis zum heutigen Tage national geblieben sei bis auf die Knochen. Der D. H. V. geht vom Beruf aus, den er als Dienst am Volksganzen auffaßt und führt dadurch seine Mitglieder durch den Beruf zu dem höchsten nationalen und sittlichen Aufstieg. Er ist Berufsgemeinschaft und zugleich nationale Gemeinschaft.

Reichstagsabgeordneter Otto Thiel ging dann nochmals auf das sozialpolitische Programm ein. Das Programm wurde einstimmig angenommen. — In seiner Ansprache wies der Verbandsvorsitzende Bechly darauf hin, daß der Klassenkampf die Kräfte nach innen raube. Alle Schichten müßten sich zu dem obersten Grundsatz der gemeinsamen Neuschaffung eines starken Staates zusammenfinden. Der Redner bezeichnete es als unser größtes Verhängnis, daß das deutsche Volk heute in parteipolitischem fruchtlosem Streit um die Staatsform und die Flagge den Weg zur staatlichen machtpolitischen Einheit nicht finden könne.

Die 35 Wahlkreise im Volksentscheid.

Vervollständigtes vorläufiges Ergebnis.

	Wahlkreis	Zahl der gültigen Eintragungen für das Volksbegehren	Zahl der bei der Reichstagswahl am 7. 12. 1924 für S. P. D. U. S. P. D. u. Kommunisten abgegebenen Stimmen.	Der Volksentscheid am 20. Juni	
					Ja = % d. Stimmberechtigten
1	Ostpreußen	166 078	291 079	263 902	20,0
2	Berlin	864 362	593 368	942 654	64,2
3	Potsdam II	514 067	352 967	531 863	45,0
4	Potsdam I	479 491	390 540	565 865	47,1
5	Frankfurt a. d. O.	244 600	272 914	297 340	28,6
6	Pommern	204 715	276 187	269 454	23,4
7	Breslau	383 561	336 343	383 108	32,0
8	Liegnitz	267 415	222 854	263 093	34,2
9	Oppeln	153 038	102 621	193 933	24,5
10	Magdeburg	377 452	398 104	453 800	42,5
11	Merseburg	307 266	302 600	351 142	39,2
12	Thüringen	561 530	463 851	580 806	41,1
13	Schleswig-Holstein	296 073	287 572	351 975	35,0
14	Weser-Ems	201 228	205 016	254 959	28,3
15	Osthannover	152 647	165 512	180 404	27,6
16	Südhannover-Braunschweig	441 067	411 521	469 106	37,3
17	**Westfalen-Nord**	358 081	308 384	447 248	33,5
18	**Westfalen-Süd**	584 267	483 603	727 471	44,1
19	Hessen-Nassau	538 098	443 292	635 382	40,4
20	Köln-Aachen	366 540	223 091	466 172	34,4
21	Koblenz-Trier	118 723	82 580	134 994	18,0
22	Düsseldorf-Ost	530 536	370 321	584 472	42,6
23	Düsseldorf-West	259 427	206 400	359 836	34,1
24	Oberbayern-Schwaben	209 071	281 406	320 163	20,8
25	Niederbayern-Oberpfalz	61 822	97 163	97 581	12,4
26	Franken	321 760	379 607	413 938	26,4
27	Pfalz	159 081	153 579	186 104	33,0
28	Dresden-Bautzen	545 864	439 515	551 532	44,9
29	Leipzig	418 047	355 638	454 099	52,5
30	Chemnitz-Zwickau	577 155	446 937	540 943	46,3
31	Württemberg	478 034	336 988	563 863	34,5
32	Baden	500 238	270 230	548 203	38,0
33	Hessen-Darmstadt	325 609	257 033	348 335	40,1
34	Hamburg	395 836	295 247	449 168	53,8
35	Mecklenburg	161 160	184 906	187 222	32,8

Der D. H. V. zu Staatsform und Parteien.

Die große Aussprache des Verbandsvorsitzenden Bechly-Berlin, des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes auf der Münchener Tagung des D. H. V. hat das allergrößte Aufsehen erregt, besonders an den Stellen, wo er auf das Verhältnis zur Staatsform und zu den Parteien zu sprechen kam. Im einzelnen sagt er hierzu folgendes: Parteipolitisch halte sich der DHV. vollkommen frei. Der Verband sei demokratisch, aber nicht parteidemokratisch, deutschnational, aber nicht parteideutschnational, völkisch, aber nicht parteivölkisch, er sei nicht monarchisch, aber auch nicht republikanisch festgelegt, weder schwarz-weiß-rot, noch schwarz-rot-gold. Mit dem Zentrum bestehe keine Verbindung, seine Erhaltung als Mittelpartei erachte der Verband jedoch als eine Notwendigkeit. Der DHV. wolle den Freiheits- und Machtwillen beim Arbeitnehmer wieder wecken; er wolle jedoch keine Freiheit, die nach innen Knechtschaft bringe, er wolle den wahrhaft demokratischen Volksstaat, der Vorherrschaft der Masse trete er entgegen. Bei den vaterländischen Verbänden sei vielfach kleinlicher Führerehrgeiz ausschlaggebend. Auch der Stahlhelm lasse sich teilweise für die Reaktion gebrauchen. Die Gründung des Reichsbanners sei deshalb nicht zu bedauern, weil dort immerhin große Massen in Disziplin und militärischem Geist erzogen würden. Man exerziere dort und bilde Bataillone aus, „um nie wieder Krieg zu führen". Es könnte sein, daß das Reichsbanner den Anfang einer Entwicklung darstellt, die vielleicht zur geistigen Umstellung großer Massen der Arbeiter führen könne.

Serbiens Kriegsschuld.

Man schreibt aus Wien: „Anknüpfend an die große Kriegsschuldaussprache in der Radikalen Partei teilt das „Hrvatsko Pravo", das Blatt der kroatischen Rechtspartei, mit, daß es am Gedenktag der Ermordung des Erzherzogs, das ist am 28. Juni, ein Beweisstück veröffentlichen werde, aus dem zu ersehen sein werde, warum Erzherzog Ferdinand von den Agenten der damaligen Belgrader Machthaber ermordet worden sei. Es scheint, daß dieses Beweisstück nicht zu jenen Urkunden gehört, welche sich im Besitze des Ljuba Jovanovitsch befinden und gleichsfalls die Mitwissenschaft Pasitsch beweisen sollen. Als Ljuba Jovanovitsch in seiner Verteidigung gegen Pasitsch sich erbötig machte, seine Beweisstücke der Skupschtina zur Verfügung zu stellen, wurde er von Uzonovitsch und Nintschitsch beschwichtigt. Indessen ist der Inhalt des einen oder anderen jener Beweisstücke trotzdem bekannt geworden; so soll das eine das Gnadengesuch des zum Tode verurteilten Obersten Dragutin Dimitrijevitsch sein, der sich darin als Opfer einer Intrige Nikolo Pasitsch bezeichnet, der ihn aus dem Wege räumen wolle, weil er mit seiner Zustimmung und der des Thronfolgers die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand durchgeführt habe. Ein anderes Schreiben — dessen Vorhandensein übrigens von Pasitsch zugegeben wurde — ist ein von ihm an Ljuba Jovanovitsch als Vizepräsident der Narodna Odbrana gerichteter Brief aus dem Jahre 1914, worin er den Kampfverein anweist, die im Zuge befindlichen Unternehmungen gegen Oesterreich-Ungarn einzustellen, da die Narodna Odbrana sonst Gefahr laufe, für die Taten anderer haftbar gemacht zu werden."

Amerika zum Volksentscheid.

Die gesamte maßgebende Oeffentlichkeit Amerikas nimmt das Abstimmungsergebnis für den Volksentscheid mit Genugtuung auf. Die Zeitungen betonen, daß im Hintergrunde weitere Enteignungsmaßnahmen gestanden hätten. Die Furcht vor weiteren Enteignungen hätte die deutschen Wähler von den Wahlurne ferngehalten; das deutsche Volk habe sich in keine bolschewistische Experimente einlassen wollen. Diese Auffassung kommt in sämtlichen Ueberschriften der großen Presse zum Ausdruck. Es kommt allgemein, besonders aber in Washingtoner Kreisen, Befriedigung darüber zum Ausdruck, daß Deutschland einer schweren innerpolitischen Krise entgangen ist, die sich notgedrungen wirtschaftlich und außenpolitisch zum Nachteil Deutschlands ausgewirkt haben müßte.

Verbandstagungen.

Verband deutscher Zigarrenladeninhaber.

Der Verband deutscher Zigarrenladeninhaber, der Zehntausende von Mitgliedern hat, beging in Hamburg seinen 25. Verbandstag und damit ein Silberjubiläum. Mit der Tagung war eine Messe für Zigarren, Zigaretten und Tabak, die sogen. Zi-Zi-Ta-Messe, verbunden. Reichstagsabgeordneter Johanners Büll (Hamburg) berichtete über die Tabaksteuer und ihren notwendigen Abbau. Eine entsprechende Entschließung fand Annahme. Insbesondere verlangt sie einen Ersatz der Banderolensteuer durch die Form der Rohtabakbesteuerung. Im übrigen seien befestigte Steuerverhältnisse durchaus erforderlich. Eine zweite Entschließung trat für eine Erweiterung der Verkaufsstunden an Werk- und Feiertagen ein, unter Hinweis auf den Verkauf an Bahnhöfen, in Schankstätten usw. Hierbei wird gegen die Auswüchse des Bahnhofshandels besonders scharfer Einspruch erhoben und vom Reichstag erwartet, daß er seine im Februar einstimmig gefaßten Beschlüsse zum Bahnhofs- usw. Handel voll zur Geltung bringe, ferner, daß der Verkauf von

Oel und Wärme aus Steinen.

Von Rud. Hundt.

Wenn man bedenkt, daß man seit Jahrhunderten schon Kohlen abbaut und weiter bedenkt, wie in der immer mehr sich auswachsenden Industrie ungeahnte Mengen stündlich verbraucht werden, so kann man begreifen, wie die Kohlenvorräte in der Welt schließlich doch einmal erschöpft sein müssen. Neben dem Heizungswert der Kohlen ist der technologische, der Wert für die chemische Industrie, welche die Nebenprodukte weiterverarbeitet, unermeßlich groß. Auch mit diesen Nebenindustrien wird es am Tage der Kohlenerschöpfung aus sein.

So ist man gezwungen, sich jetzt schon in der Welt nach Ersatzrohstoffen umzusehen, die man in den geologischen Zeitabschnitten des Erdmittelalters (Trias, Jura, Kreide, Tertiär) gefunden hat. Es handelt sich um schieferartige Steine, die einstmals in ruhigen, abgeschlossenen vorweltlichen Gewässern abgelagert wurden. Pflanzliche und tierische Fäulnisprodukte, die unter Mitwirkung von Bakterien in den schlecht gelösten Becken entstehen, vermischen sich mit dem Schlamm und dem Sand und es bildet sich sogenannter Fäulnis- oder Sapropelschlamm, der schließlich zu Oelschiefer sich verfestigt.

Schon früher benutzte man diese Oelschiefer zum Heizen. Am wichtigsten unter allen Oelschiefern ist der sogenannte Posydonienschiefer. Er nimmt in Deutschland einen Flächenraum von über 5000 Quadratmeilen ein. In Württemberg findet man ihn von Donaueschingen an bis Aalen. Er enthält 10 bis 15 Prozent pflanzliche und tierische Reste, die man Bitumen nennt, und 1000 bis 1500 Wärmeeinheiten. Das ist sehr viel, wenn man bedenkt, daß der gewöhnliche Oelschiefer in Deutschland nur 5 Prozent brennbarer Produkte enthält. Weitere gewinnbare Oelschieferlager finden sich in Messel bei Darmstadt, bei Werther an dem Teutoburger Wald. Hier ist die 2 Proz. brennbare Stoffe enthaltende Schieferschicht 35 Meter dick. Die brennbaren Mergelschiefer bei Garmisch im Mittenwald besitzen sogar 30 Prozent Brennstoffe. In dem Oelschiefer von Seefeld findet man große Mengen Fischreste, aus denen man das sogenannte Ichthyolrohöl gewinnt. Größere Oelschiefergebiete finden sich auch bei Hannover und Braunschweig in der Nähe der deutschen Oelquellen.

Außerhalb Deutschlands gewinnt man Oelschiefer in Schottland, Frankreich, im Banat. Man gewinnt aus den Schiefern, die zum Teil in gut entwickelten Industrien verarbeitet werden, vor allen Dingen Schmieröl.

Man kann aus dem Oelschiefer Oele durch Destillation, Leuchtgas in Gaswerken, Kraftgas in Generatoren gewinnen. Durch Schwelen in der Retorte, also auf dem Wege der Trockendestillation, gewinnt man das Bitumen. Die vervollkommnete Arbeitsweise hat es fertig gebracht, aus einem Oelschiefer von 1400 bis 1500 Wärmeeinheiten 10 bis 11 Prozent Rohöl zu gewinnen. Aus diesem Rohöl können durch Weiterverarbeitung Brennöle, Treiböle, Schmieröle erhalten werden. Welche Zukunft in der Aufarbeitung dieser Oelschiefer liegt, erhellt daraus, daß die in Württemberg gewinnbare Oelschiefermenge 1 Million Tonnen beträgt.

Wenn man den Oelschiefer entgast, so erhält man aus einem Kilogramm Schiefer 0,13 Kubikmeter Gas. 1 Kubikmeter weist einen Heizwert von 4000 bis 5000 Wäumeeinheiten auf. Diese Gase verwendet man zur Feuerung der Retorten, für die Motoren, zur Beleuchtung der Industriewerke. Der Rückstand beträgt 70 Prozent, die man zu Kunststeinen weiter verarbeitet.

Wenn heute unsere Technik auch noch nicht 5prozentige Oelschiefer rationell verarbeiten kann, so werden die Arbeitsmethoden immer verfeinert werden, daß auch geringfügige Oelschiefer als Kohlenersatz für die Oel- und Gasgewinnung dienen können.

Der Film des Mondes.

Von Wilh. Blaschke-Streda.

Seit dem Tage, da Galilei als erster das Fernrohr zum gestirnten Himmel richtete, haben die großartigen Fortschritte der Optik und optischen Mechanik immer gewaltigere und leistungsfähigere Instrumente hervorgebracht. Betritt man heute eine Sternwarte, so sieht man fast mit leisem Erschauern die Riesenrohre mit den raumdurchdringenden Gläsern, die sich aus wuchtigen Säulen und Hebelwerk zum Firmament aufrecken. Was ohne sie dem Auge für immer verschlossen bliebe, enthüllt ein Blick durch diese Wunderwerke feinster Präzisionsarbeit. Aber immer weiter und weiter dehnen sich die Sternströme, immer schwächer wird ihr Licht, immer größer müssen unsere Fernrohre werden, um sie noch aus dem Dämmer des Raumes herauszuheben, und endlich versagen auch die Riesenteleskope; die photographische Platte nur nimmt nach langer Belichtung noch wahr, was das gläserne Riesenauge erschaute.

Fast märchenhaft sind die Resultate, die uns Fernrohr und photographische Platte geschenkt haben. Aber auch das vollkommenste Instrument hat Grenzen, über die es nicht hinauskann. So wird auch das schärfste und stärkste Fernrohr nie enthüllen, wie die Rückseite aussieht, die der Mond von uns stets abgewendet hält, noch auch wird sich auf die herkömmliche Weise zweifelsfrei feststellen lassen, wie seine Oberfläche beschaffen ist, aus welchen Gesteinen und Mineralien sie aufgebaut ist, was es mit den Rillen, Kratern, Ringgebirgen usw. eigentlich auf sich hat. Eine klare Entscheidung in diesen Fragen kann nur eine neue Forschungsmethode bringen; und wenn nicht alles trügt, sind wir auf dem besten Wege hierzu.

Schon seit einigen Jahren geht von Zeit zu Zeit die Nachricht durch die Blätter von Studien und Versuchen, die Reise zum Mond zu verwirklichen. Die erste entsprechende Veröffentlichung stammt von Prof. Rob. H. Goddard vom Clark College in Worcester. Dieser Forscher hat sich durch jahrlang fortgeführte Studien und Berechnungen überzeugt, daß die Möglichkeit, unsere Erde zu verlassen und den Weltenraum aufzusuchen, schon für unsere heutigen technischen Hilfsmittel besteht. Prof. Goddard hat seine Arbeiten in den Berichten der Smithsonian Institution in Washington 1919 unter dem Titel „Ein Verfahren zur Erreichung äußerster Höhen" veröffentlicht. Diese Schrift hat in Amerika ungeheueres Aufsehen erregt und dem Gelehrten bald die Mittel zufließen lassen, die zur Durchführung seiner Versuche im großen Maßstabe nötig sind.

Auf welche Weise gedenkt nun Prof. Goddard sein Ziel zu erreichen? Die gewöhnliche Rakete, vom Feuerzauber sommerlicher Nachtfeste uns allen wohlvertraut, soll Technisch entsprechend weitergebildet, zum Mittler zwischen uns erdbeschwerten Wesen und dem bisher unzugänglichen Weltenraum werden.

Die Versuche sind bereits gediehen, daß Prof. Goddard im August dieses Jahres seine erste Rakete auf den Mond abzuschießen gedenkt und zwar auf das gewaltige Ringgebirge des Kopernikus. Sollte der Versuch gelingen, so wird im September bereits eine bemannte Rakete abgehen. Wenn

Tabakwaren in den Schankstätten bei der Nekehrs kann eine solche Uebertragung nicht in Betracht kommen; dagegen wird die Regelung des Flugbetriebes auf Flughäfen und Landeplätzen minderer Bedeutung vorerst den Unternehmern, jedoch ohne Uebertragung polizeilicher Befugnisse überlassen werden können. Auf allen wichtigen Flughäfen oder Landeplätzen wird jedoch die Polizei die Flugverkehrsleitung selbst auszuüben haben.
vision des Schankstättengesetzes geregelt werde.

Reichsverein deutscher Feuerwehr-Ingenieure.

Der Reichsverein deutscher Feuerwehr-Ingnieure tagte in Sarbrücken. Auch vom Ausland nahmen Vertreter an der Tagung teil, so aus Holland, Schweden, Oesterreich usw. Ueber seine Erfahrungen auf dem Gebiete des Feuerlöschwesens in Amerika sprach Oberbranddirektor Gempp (Berlin). Der Redner gelangte zu dem Urteil, daß die Vorkehrungen zur Verhütung von Feursgefahr in Amerika den deutschen Einrichtungen voraus seien, daß die deutsche Feuerwehr aber bezüglich ihrer Ausrüstung mit Geräten vorbildlicher sei. Mustergültig seien drüben der Sanitätsdienst sowie die Verkehrsdisziplin. Ueber die Beheizung der Garagen sprach Landesbranddirektor Diplomingenieur Zaps (Weimar). Einen sehr lehrreichen Vortrag hielt darauf Dr. Aushäuser (Hamburg) über Zündung, Verbrennung und Explosion, der für die Hörer mannigfache Anregung und fachliche Belehrung bot. Der zweite Verhandlungstag brachte zunächst die praktischen Vorführungen einer Probe des Schaumlöschverfahrens und von Atmungsgeräten durch die Minimax-A.-G. sowie die Filmvorführung eines Versuchs mit Waldbrandlöschern. Ueber Großgaragen sprach darauf Branddirektor Dümer (Berlin), der zur Lösung des Großgaragenproblems in Großstädten die Errichtung von Hochbauten empfahl und sich hierbei besonders mit den hier in Frage kommenden Einrichtung zur Vorbeugung gegen Feuersgefahr beschäftigte. Im zweiten Vortragsthema behandelte Branddirektor Dr. Kaiser (Breslau) die Aufsaugevorrichtungen neuzeitlicher Feuerlöschpumpen.

Die Verwendung des Hauszinssteueraufkommens.

Die Deutschnationale Landtagsfraktion führte in einer Kleinen Anfrage Beschwerde darüber, daß bei der Verteilung der Hauszinssteuerhypotheken durch die Stadt Altena das private Baugewerbe völlig ausgeschaltet worden sei. In seiner Antwort weist der preußische Minister für Volkswohlfahrt darauf hin, daß über die Vergebung der Hauszinssteuerhypotheken allein die Gemeinden und Gemeindeverbände unter eigener Verantwortlichkeit zu entscheiden haben. Eine Ausschaltung des privaten Baugewerbes bei der Verteilung der Hauszinssteuerhypotheken ist in den Richtlinien nicht vorgesehen und nicht beabsichtigt. Nach dem Bericht des Magistrats der Stadt Altona sind im übrigen in einem Teil der mit Hauszinssteuerhypotheken bedachten gemeinnützigen Genossenschaften Bauunternehmer und Architekten in großer Zahl zusammengeschlossen.

Die Polizei beim Flugverkehr.

In einem gemeinsamen Runderlaß des Preußischen Handelsministers und des Ministers des Innern wird auf die Notwendigkeit hingewiesen, mit Rücksicht auf die Entwicklung des Luftverkehrs alsbald Maßnahmen zu treffen, die eine ordnungsmäßige und den Bedürfnissen der Sicherheit und der Leichtigkeit des Verkehrs entsprechende Abwickelung des Luftverkehrs in den Flughäfen gewährleisten. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst dem Runderlaß entnimmt, sind Flughäfen „öffentlich" im Sinne der Sicherheits- und Verkehrspolizei, gleichgültig, wie im Einzelfalle die Eigentumsverhältnisse privatrechtlich liegen. Daher ist die Polizei berechtigt und gegebenenfalls verpflichtet, die Flugverkehrspolizei in Flughäfen oder Verkehrslandeplätzen auszuüben, sofern dies aus sicherheitspolizeilichen Gründen geboten erscheint und solange nicht durch besondere gesetzliche Vorschriften diese Aufgaben besonderen Organen übertragen sind. Bei dem augenblicklichen Stande des Flugverkehrs kann eine solche Uebertragung nicht in Betracht kommen; dagegen wird die Regelung des Flugbetriebes auf Flughäfen und Landeplätzen minderer Bedeutung vorerst den Unternehmern, jedoch ohne Uebertragung polizeilicher Befugnisse überlassen werden können. Auf allen wichtigen Flughäfen oder Landeplätzen wird jedoch die Polizei die Flugverkehrsleitung selbst auszuüben haben.

Landesplanung.

Verbandsdirektor Dr. Schmidt-Essen

entwickelte im Hauptausschuß des Preußischen Städtetages in Düsseldorf etwa folgende Gedankenvorgänge: „Der Begriff Landesplanung ist heute weder wissenschaftlich, noch gesetzlich restlos geklärt. Oft trifft man die Ansicht, es stehe hier dem Stadtplan der umgebende Landplan oder noch klarer gesagt, der Landkreisplan gegenüber. Das kann aber nur in Sonderfällen richtig sein und nur dann, wenn beide aneinanderschließenden Pläne keine Bebauungspläne, sondern dem Wesen und Sinne nach Wirtschaftspläne sind. Wirtschaftspläne haben aber ganz andere Elemente, infolgedessen auch ein ganz anderes Wesen, einen ganz abweichenden Charakter gegenüber den bisher üblichen generellen oder gar speziellen Bebauungsplänen.

Dies beweist am besten die Tatsache, daß der Gedanke an die Notwendigkeit einer Landesplanung erst dann auftaucht, wenn Industrie, Bergbau oder Handel eine Zusammenballung der wirtschaftlichen Betätigung verbunden mit einer Konzentration der Bevölkerung in einzelnen Landesteilen verursacht haben, und merkbare Beziehungen zwischen diesen Landesteilen und der Weltwirtschaft entstanden sind. In diesen Zustand ist Deutschland seit seinem Uebergang vom Agrar- zum Industriestaat immer stärker hineingekommen. Insbesondere haben sich in einzelnen seiner Landesteile Wirtschaft und Bevölkerung über viele kommunalpolitischen Grenzen hinweg in einer bisher nicht gekannten Weise zusammengeballt und endlich haben die Bestimmungen des Versailler Vertrages, insbesondere durch Wegnahme deutschen Bodens, die Lösung des gesamten deutschen Siedlungssystems noch besonders erschwert, weil nennenswerte Verschiebungen oder Abschiebungen der Bevölkerungsvermehrung oder der unter Wirtschaftskrisen leidenden Massen nahezu unmöglich geworden sind.

Die Lösung ist im Ruhrkohlenbezirk nach Geburtswehen, die schon in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts begonnen hatten und die verschiedenen bekannten Marksteine zwischengemeindlicher Lösungen zeitigten, seit 1920 im Sinne der Landesplanung begonnen. In diesem Bezirk liegt alle neun Kilometer ein neues Rathaus, also ein neuer Stadtkern und zwar nahezu von Hamm bis zum Rhein und teilweise darüber hinaus in dreifacher Kette gelagert auf einer etwa 90 Klm. langen und 30 Klm. breiten Fläche. Hier bilden sich seit zwei Jahrzehnten neue Großstädte, allein fünf im Gebiet des Bestes Recklinghausen. Im Innern dieses Bezirks sind die Landkreise nahezu restlos aufgezehrt oder krümmen sich noch an einzelnen Stellen wie Würmer um den Stadtkreis herum, nur zum Teil in sich noch finanzstark genug, um ein Eigenleben führen zu können. Im östlichen Teil ist dies infolge der zeitigen Wirtschaftskrise nicht der Fall, und da dort reichlich Landkreisfläche vorhanden ist, geht der Eingemeindungsplan der Stadt Dortmund, die jetzt rund 7000 Hektar Stadtgebiet besitzt, auf 30 000 oder auf 5000 Hektar mehr Gebiet als die Stadt Köln heute hat.

In diesem in Deutschland einzigartig dastehenden

Ruhrkohlenbezirk

wurde bewußt der Weg der Landesplanung beschritten. Dort entstand auch zuerst der Gedanke, daß der industrialisierte Landkreis, dem noch eine starke Landwirtschaft verblieben ist, bei planmäßigem Ausbau das oben geschilderte Idealgebilde der aufgelockerten Großstadt am raschesten erreichen ließe, wenn nicht die Städteordnung die Verwaltungseinheit dieses prachtvollen Ansatzes immer wieder zerstörte, sobald er irgendwo 25 000 Menschen und entsprechende Wirtschafts- und Steuerstärke auskristallisiert hat.

Nachdem in diesem Bezirk bereits wichtige kommunale Fragen zur interkommunalen genossenschaftlichen Lösung gekommen waren, die Vorläufer der Siedlungstechnik und der Landesplanung sein müssen, wurde dem Siedlungsverband die Aufgabe übertragen, Durchgangsstraßen rein kommunalen Charakters, also nicht etwa Provinzialstraßen, ferner Verkehrsbänder, also den besonderen Diener der Wirtschaft und Grünflächen für die Volkserholung in einem Verbandsplan festzulegen und über die Durchführung dieses Planes sinngemäß zu wachen und zum Teil durchzuführen.

Auch an anderen Stellen Deutschlands drängte die Wirtschaft zu ähnlichen Lösungen.

Der Vortragende geht dann ausführlicher auf die gesamten Belange der sogenannten Landesplanung ein und faßt dann zum Schluß zusammen:

Diese Ausführungen beruhen auf einer fünfundzwanzigjährigen sorgfältigen Beobachtung der siedlungstechnischen Entwicklung des Ruhrkohlenbezirks. Aus diesen Erfahrungen heraus wurden im Jahre 1920 gesetzlich die Befugnisse und Aufgaben des Ruhrsiedlungsverbandes festgelegt. Die Durchführung dieser Aufgaben fand dann im In- und Auslande große Beachtung. 1924 hat z. B. die Vereinigung der niederländischen Gemeinden für Volkswohnung und Städtebau einen Ausschuß ernannt, der einen Gesetzentwurf vorbereitet zur Schaffung zwischengemeindlicher Wirtschaftspläne und zwar bewußt getrennt von ihrem Städtebaugesetz. Der Wohlfahrtsminister forderte vor nunmehr drei Jahren, daß die Grundsätze des Ruhrsiedlungsverbandsgesetzes in dem neuen Städtebaugesetz verwertet werden sollten. Diese Verwertung ist erfolgt und nun taucht ohne weiteres die Frage auf: Ist es richtig, die in einem derartigen Bezirk mit ganz besonderen Verhältnissen notwendigen Maßnahmen über das ganze Land durch Gesetz zu verallgemeinern? — Wird hiermit nicht erneut dieselbe zwecklose Arbeit hervorgerufen, die wir in der Hochflut genereller und spezieller Bebauungspläne als Hektare bemalter Papierflächen entstehen sahen, nur daß sie sich jetzt in die Quadratkilometer an Papieraufwand hineinbegibt, weil es sich um Landesplanung handelt?

Die Landesplanung soll ein gesundes, politisches und gesellschaftliches Leben für unser Volk vorbereiten helfen, das unserer Kultur würdig ist. Sie bedeutet die planmäßige lockere Zusammenballung der Bauwerke von Industrie, Handel und Wohnungswesen an geeigneten Landesstellen, sowie den planmäßigen Ausbau ihrer Beziehungen zu einander. Dies war bisher die Aufgabe der Selbstverwaltung der Kommunen, die seit drei Jahrzehnten dauernd das fortgesetzt gesteigerte Bestreben zeigen, diese Entwicklungsgänge in die richtigen Wege zu leiten. Der Rest des Landes soll der planmäßig zu behandelnden Landwirtschaft und der Forstwirtschaft überlassen bleiben. Deshalb wird die Durchführung der Landesplanung auch in Zukunft im wesentlichen Sache der Gemeinden und Gemeindeverbände bleiben müssen, wenn wirklich ein dauernder Fortschritt auf diesem Gebiet erreicht werden soll. Hier brauchen auch keine neuen Verwaltungen gebildet zu werden, und das ist in unserem armen Vaterlande sehr erwünscht. Nun ist am 11. Juni der Entwurf des neuen

preußischen Städtebaugesetzes

an den Staatsrat gegangen und es interessiert, noch kurz in ganz großen Zügen im Rahmen der obigen Ausführungen darauf einzugehen.

Dieser erneute Entwurf zum Städtebaugesetz bringt in zweifacher Hinsicht eine außerordentliche Einschränkung der kommunalen Selbständigkeit der Gemeinden. Auf der einen Seite wird man dafür sorgen müssen, daß diese Selbständigkeit den Nachbargemeinden gegenüber insoweit eingeschränkt wird, als es in ganz eng bebauten Gebieten, wie etwa dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet oder in den durch eine ähnliche Besiedlung ausgezeichneten Gebietsteilen Preußens unerläßlich notwendig ist. Darüber hinaus aber für weite Teile Preußens, für ganze Regierungsbezirke, die kommunale Selbständigkeit zugunsten zwischengemeindlicher Organisationen aufzugeben, ist ohne Zweifel zu weitgehend. Es muß also ein klarer, knapper Zusammenschluß der Wirtschaftsgebiete, soweit unbedingt erforderlich, erzielt werden, aber nicht mehr.

Die allzu weitgehende Zusammenfassung berührt auch den zweiten bedenklichen Punkt, der durch das ganze neue Städtebaugesetz geht, nämlich die Einschränkung der kommunalen Selbständigkeit zugunsten der Regierungsstellen, und zwar gerade in einer Zeit des Wirtschaftsdrucks, wo jede freiwillige Bewegung gefördert werden sollte. Es ist gar kein Zweifel, daß, falls dies Gesetz wird, die kommunale selbständige Tätigkeit auf dem Gebiet der gemeindlichen und zwischengemeindlichen Planung langsam aus den Händen der Gemeinden in die der Regierungspräsidenten hinübergleiten muß. Da sich die Gemeinden schon in der Frage der zwischengemeindlichen Tätigkeit ihrer Selbständigkeit zugunsten der Regierungsstellen begeben sollten, ist es nicht auffallend, daß die Regierung auch in zahlreichen anderen Punkten sich von Gesetzes wegen eine sehr weitgehende Zuständigkeit in dem neuen Entwurf vorsieht. Jeder Flächenaufteilungsplan bedarf der Genehmigung des Bezirksausschusses. Man denke sich, zu welchen Folgerungen das führen muß. Wenn beispielsweise eine Gemeinde ein Ortsstatut für eine Grünfläche festgesetzt hat und später wird diese Grünfläche von Industriebauten um einige Meter angeschnitten, dann ändert sich seine Begrenzung. Es bedarf dies — an sich schon ein kaum glaubliches Verwaltungsverfahren — eines neuen Ortsstatuts, lediglich wegen des Abschneidens eines kleinen Stückes. Und dieses Ortsstatut bedarf der Genehmigung des Bezirksausschusses. Sollte die Grünfläche im Gebiet mehrerer Gemeinden liegen, so bedarf es sogar mehrerer Ortsstatuten, die jedes nach Anhörung der beteiligten Industrie- und Landwirtschaftskreise der Genehmigung der Bezirksausschüsse bedürfen. Jedenfalls dürfte dies durchaus kein Weg zur Vereinfachung der Verwaltung sein. Auch auf den übrigen Gebieten der Baupolizei und des Fluchtlinienwesens selbst dürfte mehr noch als bisher, aber nicht umgekehrt, auf eine Einschränkung der Einspruchs- und Forderungsbefugnisse der Regierungsstellen hinzuwirken sein.

Noch ein anderer Punkt, der die Landesplanung betrifft, sei herausgegriffen. Die Einrichtung der Festsetzung von Verkehrsbändern, d. h. von Geländestreifen, auf denen künftig Verkehrsmittel irgendwelcher Art fahren sollen, hat sich im Gebiet des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk bewährt. Das Verfahren war ähnlich dem Fluchtlinienverfahren bei Straßen. Im Gesetzentwurf ist das geändert und an Stelle des Fluchtlinienverfahren ist ein Verfahren im Rahmen der Flächenaufteilungspläne eingesetzt. Dies stimmt nicht überein mit dem praktischen Verfahren der einzigen Stelle, die bisher mit Verkehrsbändern gearbeitet hat, nämlich des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk. Nach meinem Ermessen widerspricht dieser Gedanke der ganzen Absicht des Flächenaufteilungsplanes, der doch mehr eine grundsätzliche Klärung künftiger Verkehrs- und Nutzungsbelange darstellen soll, eine bis ins einzelne gehende, detaillierte Festsetzung. Man sieht auch hieraus, daß die dem Charakter des Wirtschaftsplanes nicht entsprechende Benennung zu dieser Maßnahme geführt hat. Es ist auch unlogisch, daß für die beiden Arten von Verkehrsstreifen, die der Flächenaufteilungsplan enthält, für die Durchgangsstraßen das Fluchtlinienverfahren später folgen soll, dagegen für das Verkehrsband nicht. Dann müßte also das Verkehrsband bereits im Flächenaufteilungsplan so detailliert gezeichnet sein, daß die Baupolizei darin eine bis ins einzelne gehende Grundlage für ihre Bauverbote hat, und daß jeder einzelne Grundstückseigentümer die teilweise Beanspruchung seines Grundstückes erkennen kann, d. h. der Plan würde in Wirklichkeit doch ein Fluchtlinienplan sein. Dann aber werden wohl auch die Städte zugeben müssen, daß es ungerecht ist, den betroffenen Grundstücksbesitzern überhaupt keinerlei Möglichkeit des Einspruchs und der Verhandlung zu geben. Im geheimnisvollen Schoß der Behörden wird hier über ihren Grundbesitz in Detailplänen verhandelt, ohne daß sie nach den Bestimmungen des Gesetzes überhaupt die Möglichkeit des Einspruchs erhalten.

Die Forderung, daß die baupolizeilichen Angelegenheiten mehr als bisher als rein kommunale Fragen zu behandeln sind, muß in dem Gesetz stärker betont werden. Es dürfte sehr wohl möglich sein, bei Dispensen die Kreisausschüsse und Stadtausschüsse, also kommunale Organe, einzuschalten. Man wird zu diesen Stellen das Zutrauen einer unparteiischen Beurteilung doch wohl haben dürfen. Dagegen ist eine gewisse Einschränkung in Fragen des kommunalen Anbauverbots vielleicht nicht zu umgehen, da es nun einmal zu bekannt geworden ist, daß manche Städte von diesem ihnen gegebenen Recht einen etwas sehr weitgehenden Gebrauch gemacht haben und dabei bisweilen Forderungen an die Bauherren gestellt haben, welche mit dem Sinne einer städtebaulichen Anliegerverhandlung nicht ganz in Einklang stehen. So ähnlich wie die Reichsbahngesellschaft heute gegen die Kleinbahnen vorgeht.

Die Möglichkeit der Umlegung ist im neuen Gesetzentwurf in gewisser Weise vereinfacht gegenüber den bisher außerordentlich umständlichen Bestimmungen der sogenannten lex adikes. Aber auch im neuen Entwurf ist im Umlegungsausschuß kein Mitglied der Gemeinde, während es sich doch in Wirklichkeit auch hierbei sehr stark um eine gemeindliche Angelegenheit handelt.

Es ist aber müßig, sich jetzt über die Fragen der Umlegung im einzelnen zu unterhalten, da diese Bestimmungen, überhaupt einstweilen der ganze Abschnitt 4 des Gesetzes; vor Inkrafttreten der reichsgesetzlichen Regelung der Bodenreform nicht in Kraft treten kann. Hierin scheint mir der springende Punkt des ganzen neuen Städtebaugesetzes zu liegen. Was nützt die Aenderung einiger Bestimmungen über das Fluchtlinienverfahren und die Einführung eines Flächenaufteilungsplanes, wenn die Bestimmungen zu seiner Durchführung nicht in Kraft treten können? Flächenaufteilungspläne können ja jetzt schon in beliebigen Ausmaße gemacht werden und das geschieht ja auch auf Grund freier Vereinbarung. Auf die Durchführungsmöglichkeit kommt es an. Man wird sich daher ernstlich die Frage vorlegen müssen, ob es nicht zweckmäßiger ist, zunächst das Reichsgesetz mit allen Mitteln zu betreiben. Der hierfür maßgebende ständige Beirat für Heimstättenwesen beim Reichsarbeitsministerium hat ja in den letzten Wochen diesen Entwurf des Bodenreformgesetzes erscheinen lassen. Auch dieser Entwurf bringt „Wirtschaftspläne". Er bringt genaue Vorschriften, was diese Wirtschaftspläne zu enthalten haben und diese Vorschriften stehen bereits in den Entwürfen in teilweisem Gegensatz mit den Bestimmungen des preußischen Entwurfs zum Städtebaugesetz. Bei diesem fröhlichen Nebeneinander der Gesetzgebung erscheint es vielleicht richtiger, beide Gesetze aufeinander abzustimmen, das Reichsrahmengesetz mit Sorgfalt durchzuarbeiten und abzuwarten, bis es Gesetzeskraft erlangt hat. Daß aber die beiden Gesetzesmaschinen, die des Reichs und Preußens, nebeneinander und teilweise gegeneinander arbeiten, erscheint so untunlich wie möglich. So sehr ich den Erlaß eines preußischen Städtebaugesetzes begrüße, so erscheint mir das Abwarten der kurzen Frist bis zum Erlaß des Reichsrahmengesetzes doch zweckmäßig. Und gerade die schwierige Frage, inwieweit Eingriffe in den Privatbesitz und in das Grundeigentum zulässig sind, wird man zweckmäßig zunächst im Reichsrahmengesetz durchkämpfen müssen, ehe die Länder gewissermaßen Ausführungsbestimmungen durch Landesgesetz hierzu vorsehen, das bedingt ja auch die Verfassung.

---

nun auch wenig wahrscheinlich ist, daß es so bald gelingen wird, daß Menschen dem Erdentrabanten einen Besuch abstatten, so ist die Möglichkeit nicht abzustreiten, schon jetzt den Mond mit unbemannten Raketen zu erreichen. Die Entwicklung ließe sich etwa folgendermaßen denken:

Man wird kleine Raketenmodelle herstellen und diese mit einigen Registrierapparaten aufsteigen lassen, um zunächst die stoffliche Zusammensetzung der Luft in jenen Höhen durch Herabbringen von Luftproben, sowie die Bewegungen in jenen Schichten aus dem Abtreiben der Raketen von der berechneten Bahn zu ergründen. Dabei wird man von geringen Steigleistungen und allmählich die Endgeschwindigkeiten steigern, bis auf diese Weise Höhen von 20000 bis 10 000 Kilometer erreichbar werden.

Es läßt sich nicht leugnen, daß derartige Versuche um ihrer selbst willen schon wert wären gemacht zu werden, gar nicht zu reden von dem, was sie als Vorläufer der späteren für diese bedeuten. Sie würden uns schon vieles, was wir heute noch kaum ahnen, über die Grenzen des Luftkreises, seine Stoffnatur, die dort oben herrschende Temperatur mit Zuverlässigkeit berichten.

Wären auf diese Weise endlich die unteren 10 000 Kilometer über der Erdoberfläche hinlänglich untersucht, so würde man trachten, etwas stärker gebaute Doppelraketen in immer größere Höhen zu treiben, bis endlich einmal eine solche Maschine nicht mehr zur Erde zurückfällt. Diese Raketen müßten schon mit selbsttätig wirkenden Blinkeinrichtungen versehen werden, damit man sie auf ihrer Bahn verfolgen kann, woraus dann weitere, höchst wichtige Schlüsse über gewisse Zustände im sogenannten leeren Raume auf rechnerischem Wege gezogen werden könnten.

Sobald die Treffsicherheit bei diesem Mondbombardement genügend entwickelt ist, wird man versuchen, eine noch größere, aber immer noch unbenannte Rakete rund um den Mond zu schießen, so daß sie wieder zur Erde herabkommt. Ihr müßte man dann selbsttätig wirkende Lichtbildkammern und Filmapparate mitgeben, die unausgesetzt kurbeln, so daß die Umfahrung des Mondes im Bilde festgehalten wird. Natürlich würde man diese Maschine so aufsteigen lassen, daß sie den Mond zur Zeit des Neumondes umkreist, damit sie seine von uns abgewendete Seite unter voller Sonnenbeleuchtung antrifft. Kein Film der Welt, der bisher gemacht worden, würde solchen wissenschaftlichen Wert besitzen wie dieser Bildstreifen, der das, was Jahrtausende vergebens zu ergründen suchten, mit einem Schlage offenbarte.

Sehr zu bedauern ist, daß Deutschland, das bisher in Wissenschaft und Technik allen anderen Nationen voraus war, hier hinter Amerika zurückstehen soll; umsomehr als auch ein deutscher Forscher, Hermann Oberth, sich seit zwei Jahrzehnten mit dem Problem des Planetenschiffes beschäftigt. Wenn auch Oberth denselben Ausgangspunkt hat, so beschreitet er doch einen neuen, selbständigen Weg, indem er statt Pulver flüssige Triebmittel in Form von Alkohol, Wasserstoff und Sauerstoff verwenden will. Soweit eine Entscheidung in dieser Frage heute schon möglich ist, scheint die einzig mögliche Lösung wenigstens für unbemannte Raketen das Oberth'sche Modell zu bieten. Wenn durch die Goddard'schen Versuche das allgemeine Interesse einmal wachgerufen wird, ist es nicht ausgeschlossen, daß dann auch Prof. Oberth die zur Ausführung seiner Pläne nötigen Geldmittel zur Verfügung gestellt werden und daß dann doch ein deutsches Planetenschiff als erstes auf dem Mond oder Mars landet.

1926. 145.

Landwirtschaftliches | Gesundheitliches | Hauswirtschaftliches

Federkreffende Hühner.
Eigenschaften des Spargel.
Verschleißende Taftkleider kann man noch lange gebrauchsfähig erhalten,

Hauswirtschaftliches

Zerschleißende Taftkleider kann man noch lange gebrauchsfähig erhalten,

wenn man auf die „Bruchstellen" der Seide ein Stückchen Taft derselben Farbe wie das Kleid legt, darüber ein Stückchen Guttapercha deckt, dieses wieder mit Seide oder etwas Batist belegt und mit nicht zu heißem Eisen überplättet. Selbst „brechende" Plisseefalten sind auf diese einfache Weise noch lange zu erhalten.

Kamelhaardecken zu reinigen.

Sie bleiben sehr schön locker, weich und schmiegsam, wenn man sie in weichem, kalkarmem Wasser wäscht, wie man es im Regenwasser besitzt. Steht dieses nicht zur Verfügung, so verfährt man auf folgende Weise: Man bereitet sich einen Kessel voll laues Wasser von 18—24 Grad C., fügt diesem, gut verquirlt, auf jeden Eimer Wasser, einen gestrichenen Eßlöffel Bleichsoda bei, rührt gut um, setzt noch pro Eimer 1 Eßlöffel Salmiakgeist hinzu und weicht sie in einem großen, flachen Gefäß mit diesem Wasser ein. Nach 10 Minuten knetet und drückt man sie ohne Reiben darin durch, erneuert das Wasser, bearbeitet sie wieder so und fährt so fort, bis das Wasser sauber bleibt. Nun läßt man sie, auf Stangen gelegt, auslaufen und hängt sie, ohne sie anzuklammern, wie eine straffgezogene Hängematte, wieder über die Stangen oder in Ermangelung derselben über die Waschleine im Freien, doch nicht in der Sonne auf. Ausgezeichnet trocknen sie, im Gardinenrahmen ausgespannt, gründlich nach und behalten ihre gute Form.

Vorzüglicher Eisenkitt für Ofenplatten, Kanonenöfen, Aschenkästen

u. a. m., 40 Gramm feingestoßener Salmiak, 8 Gramm Schwefelblume und 250 Gramm Eisenfeilspäne werden innig miteinander vermischt. Zum Verkitten rührt man von dieser Mischung, die man gut verkorkt, in Flaschen an trockenem Ort aufbewahrt, 1 Teil mit 20 Teilen Eisenfeilspänen, 1 Teil Essig und 7 Teilen Wasser recht sorgsam. Er erhärtet langsam, wird aber eisenfest.

Die weißen Flecke,

welche entstehen, wenn man heiße Teller oder Gefäße auf einen polierten Tisch stellt, entfernt man leicht, indem man etwas Zigarrenasche mit Oel darüber verreibt.

Selbst alte Weinflecke

pflegen aus der Tischwäsche zu gehen, wenn man sie in heiße Milch taucht, die in einer Kasserole auf dem Feuer steht. Man halte das Tischtuch hoch, tauche nur den Fleck ein und lasse ihn in der Milch, bis sie kocht. Dann mit warmem Wasser mehrmals nachspülen.

Lebersuppe.

½ Pfund Kalbsleber wird gehäutet und feingeschabt, worauf man sie mit 60 Gramm frischem Speck durch die Fleischhackmaschine gibt. Dann erhitzt man 1 Eßlöffel Butter und dämpft darin 1 zußgroße feingeschnittene Zwiebel, sowie die Leber. Mit 1—2 Eßlöffel Mehl überstäubt, füllt man das Ganze mit 1 Liter Knochenbrühe oder heißem Wasser auf und läßt die Suppe langsam eine halbe Stunde kochen. Durch ein Haarsieb gestrichen, schmeckt man sie mit Salz, wenig gemahlenem Pfeffer und 1 Teelöffel feingewiegter Petersilie ab.

Rote Bohnensuppe.

½ Pfund weiße, am Abend zuvor eingeweichte Bohnen werden mit 1 Liter Wasser zum Kochen aufgesetzt. Inzwischen röstet man in 1 Eßlöffel Butter 1 eigroße, würfliggeschnittene Zwiebel goldgelb, fügt ¼ Pfund Tomatenmark bei, läßt durchdünsten und gibt dieses zu der durch ein Haarsieb gestrichenen Bohnensuppe, die man dann mit Salz, etwas Pfeffer und frischer Butter gut abgeschmeckt.

Gesundheitliches

Eigenschaften des Spargel.

Die in den letzten Jahren vorgenommenen Untersuchungen über den Nährstoffgehalt der Gemüsearten haben auch im Spargel eine Reihe wichtiger Nährstoffe festgestellt. Namentlich in den Köpfen der Spargelstangen und dem angrenzenden, noch unverholzten Zellgewebe finden sich neben geringeren Beständen an Kohlenhydraten, Zucker und Fett für die menschliche Ernährung sehr wichtige Stickstoffsubstanzen, die außer ihrem Nährwert auch eine schätzenswerte Heilkraft besitzen. Diese Substanzen bestehen namentlich mehr als die Hälfte aus dem im Spargel enthaltenen sogenannten Asparagin, das die Eigenschaft besitzt, sich im menschlichen Körper in Harnstoff und Harnsäure zu verwandeln. Da sich nun bei starkem Harnstoffgehalt im Blut die Blutgefäße verengen, die Nierengefäße jedoch zugleich erweitern, hat man im Asparagin ein wirksames Mittel gefunden, die Tätigkeit geschwächter und erkrankter Nieren neu zu beleben.

Wunde Mundwinkel.

Durch die üble Gewohnheit, die Mundwinkel mit der Zunge zu benetzen, entstehen oft wunde Mundwinkel. Zur Heilung muß man selbstverständlich von der Angewohnheit lassen; im übrigen hilft das leichte, von Zeit zu Zeit zu wiederholende Einfetten mit Vorfaselin oder Vorlanolin.

Behandlung nach einer vorübergehenden Ohnmacht.

Das Erwachen aus einer Ohnmacht läßt sich durch leichtes Zucken im Gesicht, Aufstoßen, Seufzen, Gähnen, Rotwerden der Lippen sowie tieferes Atmen erkennen. In diesem Falle hilft man dem Kranken, indem man ihm etwas kaltes Wasser zu trinken gibt. Er muß jedoch noch längere Zeit ruhen, und zwar in liegender oder halbsitzender Stellung.

Kochsalzkompressen bei chronischem Gelenkrheumatismus.

Ein mehrfach zusammengelegtes leinenes Tuch wird angefeuchtet und dann auf einer Seite dick mit Kochsalz bestreut. Nachdem dies noch etwas angefeuchtet ist, wird die Kompresse auf das kranke Gelenk gelegt, mit einem Stück Wachstuch umhüllt und mit einer Flanellbinde befestigt. Alle zwei Stunde am Tage wird die Kompresse gewechselt und dabei das Salz erneuert.

Hilfe bei erlittenen Quetschungen.

Ist das Unglück passiert und der Finger eingequetscht, so greife man sofort zu einem Gegenmittel, um wenigstens den Schmerz zu lindern. Das einfache Mittel ist ein Leinenläppchen, das man in Essigwasser taucht und dann recht naß um die Quetschstelle windet. Der Umschlag wird in kurzen Zwischenräumen erneuert und dadurch die Entzündung aus dem gequetschten Finger genommen. Die Schmerzen werden sehr schnell nachlassen. Ist der heftigste Schmerz geschwunden, so folgen warme Breiumschläge. Zu diesem Zwecke kocht man Brot in Milch und streicht es dünn auf ein Leinenläppchen, das um das kranke Glied gelegt wird. Schon nach zwei Tagen wird die Quetschung so weit behoben sein, daß sie nicht mehr schmerzt.

Aeußere Herzmassage

ist bei Herzklopfen oft sehr wohltuend. Die Massage wird ausgeführt, indem man mit der flach aufgelegten Hand die Herzgegend sanft eindrückt, wenn sich das Herz gerade ausgedehnt hat.

Ein Mittel bei Gesichtsschmerz,

das oft überraschend wirkt, besteht darin, daß man das Gesicht so warm, wie man es vertragen kann, über einen Topf hält, in welchem man gequetschte, mit kochendem Wasser angebrühte Wacholderbeeren gedämpft.

Landwirtschaftliches

Federfressende Hühner.

Eine Untugend der Hühner, die verschiedene Ursachen haben kann, ist das Federfressen. Freilaufende Hühner leiden selten daran, dagegen hauptsächlich eingesperrte Tiere. Vermutlich ist dann Langeweile die Ursache. Es muß daher unbedingt ein Scharraum mit reichlicher Spreueinstreu vorhanden sein, damit die Hühner genügend scharren können und sich dadurch die nötige Bewegung verschaffen. Bemerkt man ein Huhn, das dem Federfressen huldigt, so muß es sofort von den anderen Tieren entfernt werden, damit die Untugend nicht weiter übertragen wird. Eine weitere Ursache kann bei der Mauser eintreten, bei der wohl die blutigen Kiele Anlaß zum Rupfen geben. Auch Ungeziefer kann die Veranlassung zum Federfressen geben, ebenso auch der Mangel an tierischer Nahrung. Bei Ungeziefer empfiehlt sich ein scharfes Sandbad, dem man Insektenpulver oder Schwefelblüte beimischt. Dem Futter ist stets genügend Fleischkost zuzusetzen. Wo das alles nichts hilft, ist das beste Mittel: „Kopf ab"; denn das Uebel greift immer mehr um sich.

Die Aussaat der Rapunzel

erfolgt Ende Juni bis Mitte August, und zwar recht dünn breitwürfig auf gut vorbereitete Beete. Rapunzchen begnügen sich freilich auch mit mageren Böden, doch lohnen sie entsprechende Bodenverbesserung mit freudigem Wachstum. Zur Winterzeit legt man Bretter und nötigenfalls auch Laub oder Reisig über die Beete, damit die Ernte dieses Wintersalates so lange wie möglich fortgesetzt werden kann.

Freilandtomaten.

sind für Jauchegüsse bekanntlich außerordentlich dankbar; nur sollte man mit der Zuführung stark konzentrierter Jauche nicht gar zu früh und plötzlich einsetzen, weil die Wurzeln anfangs hierfür nicht die genügende Aufnahmefähigkeit besitzen und somit viel kostbares Nährstoffmaterial unnütz verlorengehen würde. Man wird gut tun, anfangs die Jauche in starker Verdünnung und dafür öfter zu verabreichen.

Rabattenpflanzung in der Gurkenkultur.

Gurken entwickeln sich weit besser, wenn sie auf leicht gewölbten Beeten stehen. Wo nun die Gurken einfach auf flach gegrabene Beete in Rillen gesät wurden, ist ein nachträgliches Anhäufeln sehr vorteilhaft. Um die Pflanzen nicht zu stören, kann man auch von beiden Seiten nahrhafte lockere Erde beifüllen und anwölben. Die Ranken werden dann gleichmäßig verteilt darüber gelegt, was zur Entwicklung der Früchte wesentlich beiträgt. Dasselbe gilt auch für Melonen.

Markerbsen

in späten Sorten lohnen ihren Anbau noch im Juli. Allerdings muß man darauf achten, daß die Beete von vornherein reichlich bewässert werden. Wird die Bewässerung vernachlässigt, so liegt die Gefahr des Mehltaubefalles, der um diese Zeit schwerlich erfolgreich zu bekämpfen ist, sehr nahe, und man wird sich bei mangelnder Fürsorge mit spärlichem Fruchtansatz begnügen müssen.

Unkraut zwischen den Erdbeeren.

Wer im nächsten Jahre auf eine gute und reichliche Erdbeerernte rechnen will, der muß jetzt dafür sorgen, daß seine Erdbeerpflanzen nicht durch das Unkraut vernichtet werden. Die Erdbeerpflanzen brauchen jetzt ebenso viel Luft als zu den anderen Jahreszeiten und können nicht genug Reservestoff für das nächste Jahr sammeln und ablagern, wenn sie von Unkraut überwuchert werden. Werden sie von diesem Uebel nicht befreit, dann verkümmern die Pflanzen zum großen Teil und geben das nächste Jahr eine schlechte Ernte.

145. 1926.

Für's Heim

Unterhaltungs-Beilage

der Kamener Zeitung für Stadt und Land

Im Schatten der Schuld.

8. Fortsetzung. Roman von Hanna Forster. (Nachdruck verboten.)

Verlegen, ausweichend antwortete die Baronesse: „Ach, ich weiß auch nicht viel von der ganzen Geschichte. Weißt du, Renate, es ist am besten, wenn du gar nicht danach fragst. Du bist jedenfalls an der großen Feindschaft und dem Haß, die die Folge jener Enterbung waren, ganz unschuldig, und kein gerecht denkender Mensch kann dich dafür büßen lassen."

Die letzten Worte hatte sie mit Ueberzeugung gesprochen. Jetzt küßte sie die Freundin noch einmal herzlich auf die Wangen und sagte liebevoll:

„Also, auf baldiges Wiedersehen, Renate, noch vor dem Fest, ja? Ich muß dich unbedingt vorher noch sprechen, wegen der Kleider, die wir tragen. Es wird sehr reizend werden, und ich freue mich furchtbar darauf."

Renate antwortete, daß sie nächste Woche Dienstag kommen würde. Dann gab sie dem Chauffeur das Zeichen zur Abfahrt. Noch ein letztes gegenseitiges Händewinken, und schon fuhr das elegante kleine Gefährt pfeilschnell die Einfahrt zum Herrenhaus hinaus und auf der gut gehaltenen Chaussee weiter.

Renate ließ sich wie erschöpft in die weichen Kissen fallen. Zuviel war heute auf sie eingestürmt. Ihre Augen hatten schon wieder den sonnigen Glanz verloren, sie blickten müde. Erst die unerwartete Begegnung mit dem Grafen Eberhard von Hollwangen, die Aufregung die sie gefühlt, als er sie so fremd und kühl begrüßte. Dann seine anscheinend so teilnahmsvollen Worte im Park, als sie absetzts von den anderen stand, und wieder sein schroffes Benehmen, sein Hohn auf ihre doch so harmlose Frage an Graf Benno, ob Wildau auch einen größeren Park hätte. Jetzt in der Erinnerung war es ihr furchtbar, daß sie eine solche Frage gestellt. Doch sie befand sich eben im sicheren Glauben, daß das Gut Wildau, von dem sie öfter gehört, der Wohnsitz der Grafen sei.

Die Mitteilung der Freundin, daß Graf Eberhard im Begriff stehe, sich mit einer schönen und sehr reichen jungen Dame zu verloben, hatte Renate schmerzlich erregt. Weshalb, darüber konnte sie sich selbst keine Rechenschaft geben. Sie dachte jetzt, es sei gut, wenn ein so stolzer Mann wieder Reichtum besäße und die gebietende Stellung einnähme, die ihm kraft seiner überragenden und vornehmen Persönlichkeit gebührt. Auf einem kleinen Besitz, einer Art Bauerngütchen, konnte sich das junge Mädchen den Grafen Eberhard gar nicht vorstellen. Und jäh tauchte ein Wunsch in ihr auf: Schloß Hollwangen, dieser herrliche Besitz, müßte dem Grafen gehören. Hier müßte er Herr sein, Herr und Gebieter.

Und da fielen ihr die Worte der Freundin ein. Wie seltsam das war, daß Anne-liese, die sonst so offene, leicht zum Reden

Sommermittag.

Durch die menschenleeren Gassen
Schwebt ein tiefer Sommertraum.
Und den frohen Glanz erfassen
Kann die Sommererde kaum.

All das wunderleise Leben
Schreckt kein ungewohnter Laut.
Ganz dem Frieden hingegeben
Grüßt dich alles so vertraut.

Manchmal, wenn die Uhren schlagen,
Weht ein Tönen in die Ruh.
Und die Sonnengeister tragen
Segen allen Fluren zu.

Franz Cingria

und Mitteilen Bereite, so ausweichend geantwortet hatte. Wie hatte sie doch gesagt: „Es ist am besten, wenn du gar nicht danach fragst, und kein gerecht denkender Mensch kann dich dafür büßen lassen." Das klang doch so, als ob eine große Schuld vorläge, eine Schuld, die ihre Großeltern begangen und durch die die Grafen von Hollwangen um das ihnen von Rechts wegen doch zustehende Erbe gekommen waren.

Renate seufzte tief und schmerzlich. Das alles war so rätselhaft, so beklemmend! Es warf dunkle Schatten auf ihr junges Leben und drohte ihre schöne Harmonie, die sonnige Zuversicht ihres Charakters zu zerstören. Sie fühlte, wie sie sich Grübeleien hingab, die ihr die Ruhe raubten. Viel hätte sie darum gegeben, wenn irgend jemand ihr Auskunft erteilt, klar und genau, ohne jede Beschönigung, wie eigentlich die ganze Erbschaftsangelegenheit gewesen, und welche Rolle ihre Großeltern dabei gespielt. Wenn der alte Herr aus freiem Willen heraus sie zu seinen Erben eingesetzt hatte, da konnte man doch von keiner Schuld sprechen! Anders dagegen verhielt es sich, wenn sie den Grafen dazu bewogen hätten, seine einzigen, so nahen Blutsverwandten völlig zu enterben. Von ihrem Großvater konnte sich Renate das nicht vorstellen, aber wenn sie an ihre Stiefgroßmutter dachte, diese noch immer so schöne Frau mit dem kalten Gesicht und den manchmal so dämonisch blickenden Augen, dann beschlich eine heimliche Furcht ihr sonst so tapferes junges Herz, und sie ahnte eine Schuld, von der sie doch nichts Näheres wußte.

Während Renate von Ullmer unter solchen trüben Gedanken und Ahnungen die so freundlich im Spätnachmittagsglanz eines hellen schönen Frühlingstages liegende Landstraße dahinfuhr Schloß Hollwangen zu, saßen die beiden Grafen noch auf der Terrasse des Lowitzer Herrenhauses. Der Baron, der selbst mal gern ein Stündchen rauchend verbrachte, hatte seinen beiden Gästen echte Havannazigarren angeboten, und so saßen die drei Herren bald in die bläulich zarten Wölkchen eingehüllt, während die Baronin und ihre Tochter beide mit einer Handarbeit beschäftigt waren.

„Ja, also wie wird es mit dem Maienfest?" rief der Baron, zu Anneliese gewandt, „wollen wir unsere beiden lieben Freunde hier nicht gleich für diesen wichtigen Tag festnageln oder müssen wir Ihnen eine förmliche Einladung schicken?"

Die Baronesse lachte fröhlich.

„Ach wo, Vater, das hieße unnötig Porto ausgeben! Ich habe auch Renate, Euer Einverständnis ja voraussetzend und als sicher annehmend, schon eingeladen, und sie hat auch zugesagt. Sie, meine Herren, werden auch keine Absage geben, nein?"

Sie sah schelmisch mit bittendem Blick erst den Grafen Eberhard, dann seinen Bruder Benno an.

Während Graf Eberhard zu überlegen schien, rief Graf Benno sofort lebhaft:

„Ich komme sehr gern! In diesem Jahr werden Sie, Baronesse, ganz bestimmt die Maien-

Für den Raum
von Interessenten
u. Wohnungsu
Rotationsbetr
in Kamen.

Nr. 14

zum Re

Der Pe
öffentlichen
Reichstags
Der
Fritz wies
der neuen
tag beschlo
für sich win
tragbar sei
Reichsrats
nicht, werde
den können,
Mitglieder
gestimmt hä
Stimmenden
Die Folge
würde wahrs
einiger Zeit
der erforder
kann über d
beggegangen
haben, daß

auf die in
Gewicht gele
digkeit man
auf längere
Sie würde
Kraft treten
habe die Me
Länder besch
nismahme ob

Der Ste

Revolmäch

Bergwerksbi
frühere Entl
mit der sozi
haues ein E
habe die Me
Novelle zum
Entlastun
von etwa 35
so sahe der
sondern statt
auf 22 Mill
Reichsarbeits
Knappschaftsv
wird.

Diese Me
Krisis kämp

Der Gesamte
sich einschließ
auf 460 Mi
Arbeiters en
etwa der d
Das bedeutet
dere Wirtsha
zu tragen h
Sonderleistun
Person nicht.
getan, warum
hoch, sein sol
nicht zu
teren Bemin
heiser und zu
Rentenempfän
Lasten für d
steigen. Es

nicht zu
zu glauben,
schwerlich
der allgemeine
sämtliche Läni
Produktionsfäh
unsere Einfuh
sprechendes
Produktion se
sache gesteiger
nen, daß die
sets auf die
niederschlesisch
Erzkiens. Der
wie tot, und

im Rahr

Angesichts die
unmöglich mi
weitere Verlu
diese Novelle.
prüften und
Westfalen d
lehnen.

Minis
bestreitet die
sozialpolitische
Aufwand von
auch nicht r
Bergarbeiters



Hochwasser in Sachsen.
Die Notbrücke über die Weißeritz in Heinsborg.

wenigen sein — dafür setze ich meine ganze Ueberredungskunst ein, obwohl das gar nicht nötig sein wird."

Keiner von den dreien hatte bemerkt, wie die Baronin fast erschrocken ausgesehen hatte, als Anneliese als so selbstverständlich erzählte, daß sie ihre Freundin, Renate von Ullmer, zu diesem Fest eingeladen. Nur der Baron hatte es gesehen. Er warf der Gattin einen beruhigenden Blick zu und sagte jetzt zu dem älteren der beiden Brüder gewandt:

„Lieber Graf, Sie machen uns doch die Freude?"

„Eigentlich mache ich mir wenig aus solchen Festen," erwiderte der Graf, „ich bin zu ernst veranlagt für derartige Sachen. Bitte, Herr Baron, bitte, gnädigste Frau, geben Sie sich mit meinem Bruder zufrieden, der wird der Familie Hollwangen ein besserer und jedenfalls ein fröhlicherer Repräsentant sein als ich."

Aber damit gaben sich die Lowitzer nicht zufrieden. Der Baron nahm die Ablehnung, die er unerhört nannte, einfach nicht an, und da auch seine Gattin mit den freundlichsten Worten den Grafen bat, doch die Einladung anzunehmen, von Anneliesses lebhafter Beredsamkeit ganz zu schweigen, gab Graf Eberhard schließlich nach und sagte:

„Wenn Sie mich so bestürmen, wäre es ja die größte Unhöflichkeit, bei meinem Nein zu beharren. Also ich komme, kann jedoch nicht versprechen, daß ich ein froher Gesellschafter sein werde. — Auf ein Maienfest, das eigentlich nur für ganz junge Leute, sagen wir bis fünfundzwanzig, geeignet ist, passe ich nicht mehr recht."

Bruno lachte. „Eberhard," rief er heiter, „du bist knapp vier Jahre älter als ich, aber du tust manchmal, als wärst du im Vergleich mit mir schon der reine Mummelgreis. Warte nur, wenn du erst an dem Fest teilnimmst, den Zauber eines so schönen Maienfestes genießest, erhöht durch liebe frohe Menschen, durch schöne junge Mädchen, dann wirst du schon auftauen und fröhlich mit den Fröhlichen sein."

„Oh," unterbrach ihn Anneliese, „und wir werden diesmal die ganze tanzfreudige Jugend der Umgebung einladen. Hilla von Gebhardt, die Schönste der Schönen kommt auch. Sie hat mich neulich bei den Dewitzern schon gefragt, wann unser Maienfest stattfindet. Das war ein Wink mit dem Zaunpfahl."

Sie hatte bei ihren Worten Graf Eberhard angesehen, ein ganz klein wenig neugierig. Doch in dem stolzen Männerantlitz bewegte sich keine Miene. Kühl und ruhig begegneten die grauen Augen denen Anneliesses — sie verrieten nichts von den Gedanken, die der Graf bei dem Namen Hilla von Gebhardt empfand.

„Er ist unergründlich," dachte Anneliese. „Nun, die schöne Hilla, die mir eigentlich gar nicht so sehr sympathisch ist, wird mit diesem stolzen Mann keinen leichten Stand haben. Schade, eigentlich gönne ich ihr den Grafen nicht, denn im Grunde ist er doch ein ritterlicher Charakter — bloß ich möchte ihn nicht zum Manne haben."

Es war nun noch die Rede von den einzelnen Herren und Damen, die man einladen wollte — die beiden Grafen waren so alte Freunde und verkehrten schon seit ihrer Kindheit auf Lowitz, daß man sie unbefangen in alles einweihte und ihnen gegenüber gar keine Förmlichkeit kannte.

Die Baronin bat die beiden Herren, doch auch zum Abendbrot zu bleiben, doch das lehnten sie dankend ab. Sie hatten zu Hause noch allerlei zu erledigen. Graf Benno wollte am späten Abend noch nach seiner Garnison zurückreiten.

„Ich bin eigentlich nur auf einen Sprung gekommen," fügte er hinzu, dabei Anneliese ansehend, so daß diese so selbständige junge Dame ein ganz klein wenig außer Fassung kam. Dann nahm man in der herzlichsten Weise Abschied, und der Baron begleitete seine Gäste, die den halbstündigen Weg vom Vorwerk bis hierher zu Fuß zurückgelegt hatten und auch zu Fuß nach Hause gingen, bis zu dem breiten Weg, der von dem Lowitzer Herrenhaus abzweigte und nach etwa fünf Minuten auf die Landstraße mündete.

Die beiden Brüder, von denen der ältere den jüngeren ein Stück überragte, obwohl man auch Graf Benno nichts weniger als klein nennen konnte, gingen zuerst eine Weile schweigend nebeneinander her. Endlich brach der Jüngere die Stille. Er hing sehr an Eberhard, liebte und verehrte ihn als ein Vorbild aller edlen männlichen Tugenden. Aber heute war er nicht mit ihm zufrieden gewesen, und seine offene Natur verlangte nach einer Aussprache.

„Fandest du Fräulein von Ullmer nicht auch ganz reizend?" fragte er. „Weißt du, ich habe selten solch eine liebliche Mädchenerscheinung gesehen."

„Ja, sie ist hübsch," kam es kurz von den Lippen des Grafen Eberhard.

„Hübsch," wiederholte der jüngere Bruder, „erlaube, lieber Eberhard, diese Bezeichnung paßt wirklich nicht für ein derartig entzückend holdes Geschöpf wie Renate von Ullmer."

„Deine Begeisterung in Ehren, Benno, aber für mich liegt absolut kein Grund vor, für die Schönheit der Enkelin Frau von Nehrings zu schwärmen."

Das war eine deutliche Abweisung. Haarscharf kamen die Worte, und das stolze Männergesicht zeigte einen Ausdruck von herbster Unnahbarkeit.

Etwas betroffen blickte Benno den Bruder an. Daß ihn alles, was mit der jetzigen Besitzerin von Schloß Hollwangen zusammenhing, doch immer so aufregte! Er würde viel darum gegeben haben, wenn Eberhard ein wenig von seinem eigenen Gleichmut, seiner heiteren Lebensauffassung gehabt hätte. Nach einer kleinen Pause nahm er von neuem das Wort.

„Fräulein von Ullmer ist doch nur eine Stiefenkelin von Frau von Nehring, und darüber waren sich unser verstorbener Vater sowie alle, die die Erbschaftssache damals miterlebt hatten, einig, daß Herr von Nehring nicht als schuldiger Teil gelten konnte. Nur des allerdings sehr großen Fehlers der Schwäche konnte man ihn zeihen. Aber man darf dabei doch nicht vergessen, daß er diese Frau, die von großer Schönheit war, leidenschaftlich liebte. Anneliese erzählte mir auch, daß sie von ihrem Vater wüßte, welch eine sanfte, vornehme Frau Fräulein von Ullmers Großmutter gewesen, die erste Gattin des Herrn von Nehring. Und auch ihre Mutter soll eine feine charaktervolle Frau gewesen sein, die nie einen Pfennig weder von ihrem Vater noch von ihrer Stiefmutter annahm."

Scheinbar hatte Graf Eberhard gar kein Interesse für diese Mitteilungen des Bruders. Nur ein ganz scharfer Beobachter hätte feststellen können, wie er mit größter Aufmerksamkeit zuhörte.

Jetzt sagte er spöttisch: „Da ist es ja sehr seltsam, daß die Frau, die nie etwas von der unrechtmäßigen Besitzerin von Schloß Hollwangen annahm, ihre Tochter nicht aufklärte! Wenn Fräulein von Ullmer wüßte, daß ihre Großmutter nur durch die häßliche Erbschleicherei, mit Hilfe von niedrigen Verleumdungen in den Besitz der Hollwangenschen Güter gelangte, dann wäre sie wohl nie zu ihr gegangen, dessen bin ich sicher."

Ueberrascht sah Benno auf den Bruder, der zuletzt fast hastig gesprochen hatte. Also so hoch dachte er von Anneliesses Freundin — seltsam, wo er sie doch erst heute kennengelernt und kaum ein paar Worte mit ihr gewechselt hatte! Und weshalb dann seine Schroffheit ihr gegenüber, wenn er sie so beurteilte!

Unwillkürlich formten sich seine Gedanken zu Worten.

„Wenn du das weißt, Eberhard — es ist natürlich auch meine Ansicht, daß Fräulein von Ullmer nichts von der Erbschleicherei ahnt und daß sie ein sehr charaktervolles Mädchen ist, wie konntest du da in solch bitterem, höhnischem Ton zu ihr sprechen, als sie die harmlose Frage an mich richtete? Du hast ihr mit deinen Worten sehr weh getan, das sah ich!"

Wider Erwarten fuhr der ältere Bruder bei dieser vorwurfsvollen Frage nicht heftig auf, sondern sagte scheinbar ruhig:

„Ich habe mich hinreißen lassen und hatte im Augenblick nur die Sache, nicht die gänzlich unbeteiligte und daran unschuldige junge Dame vor Augen. Du weißt ja, ich kann und werde es nie verschmerzen."

„Das kommt vielfach auch davon, daß du hier geblieben bist," erwiderte er. „Ich an deiner Stelle hätte schon längst das Haus mit den paar Morgen Land verkauft und wäre —"

„Als Pflanzer nach den Kolonien gegangen. Nicht wahr, Benno, das willst du doch sagen. Dieser Ansicht sind hier alle Herren in der Nachbarschaft. Oder denkst du, ich sollte Inspektor bei meinen Standesgenossen werden?"

(Fortsetzung folgt)

*

Klauenpflege beim Rindvieh.

Die Klauen haben den Zweck, den Zehen Schutz zu geben und ein sicheres Auftreten zu vermitteln. Für Arbeitsrinder ist ein nicht zu weiches Klauenhorn erwünscht. Die Klauen sollen sich allmählich von oben nach unten verbreitern und einen geschlossenen Spalt besitzen. Die Vorderklauen sind in der Regel kürzer und weniger spitz als die Hinterklauen. Verhältnismäßig selten und dann am ehesten bei Bullen der Gebirgsrassen finden sich die sogenannten Bockklauen, welche mit einer steilen Fessel in Verbindung zu stehen pflegen und bei denen die Trachten annähernd dieselbe Höhe aufweisen, wie der Zehenteil. Die Klaue ist dabei klein und hat eine schmale enge Sohle; die Wände nutzen sich stark ab, so daß die Sohle empfindlich ist.

Umgekehrt kommen in Verbindung mit einer schrägen Fessel lange und schmale Klauen vor, welche lange und schräge Zehen sowie niedrige Trachten aufweisen — Schweinsklauen —. Die Trachten werden stark, die Zehe wenig abgenutzt; die Tiere treten bei gespreizten Klauen stark mit den Ballen auf.

Sofern den Tieren auf der Weide oder bei der Arbeit Gelegenheit zur regelmäßigen Abnutzung der Klauen gegeben ist, erhalten diese die wünschenswerte Gestalt, während bei Stallvieh oft erhebliche Verlängerungen des Zehenteils — Stallklauen — und damit Verunstaltungen auftreten. Diese pflegen am stärksten an den Hinterfüßen aufzutreten, wo sie eigenartige Formen annehmen können, — gekreuzte Schnabelschuhklauen —. Beim Auftreten erleiden solche Tiere natürlich ungeheure Schmerzen, da die ganze Körperlast auf dem Ballen, bezw. auf der darunterlagernden knöchernen Grundlage, liegt. Ein ganz besonderer Nachteil ergibt sich hieraus für die Bullen, beim Aufrichten legt sich selbstverständlich die Last ebenfalls auf die Ballen; dadurch entstehen Schmerzen, so daß die Tiere deckunlustig werden oder doch „schwer springen", das heißt, die Körperlast vollkommen auf die Kuh legen und diese dann zusammendrücken können. Bevor man einen „schwer springenden" Bullen dem Schlachtmeiser opfert, sollte man doch vorher die Klauen einer genauen Untersuchung unterziehen: mancher wertvolle Zuchtbulle könnte auf diese Weise der Zucht erhalten bleiben. — Ebenso ist wohl ohne weiteres klar, daß Kühe, die infolge schlechter oder abnormer Klauen Schmerzen zeigen, weniger oder schlechter fressen und dadurch in ihrer Nutzungsleistung zurückgehen.

Deshalb ist bei Stallvieh eine Klauenpflege unbedingt notwendig, um den Klauen die natürliche Form zu geben. Wirkmesser und Klauenschere, auch Stemmeisen sind daher in Stallhaltungswirtschaften unentbehrlich. In einzelnen Gegenden gibt es auch bereits ausgebildete Klauenpfleger; die sich bestens bewährt haben. — In unreinlichen Stallungen können die Tiere zwischen den Klauen schwer heilende Geschwüre bekommen, ja, diese können sogar seuchenartig auftreten. Bei Weidevieh sorgt der sommerliche Weidegang für die genügende Abnutzung der Klauen, so daß man in der Regel ohne besondere Klauenpflege auskommen kann. Auch Arbeitstiere nützen ihre Klauen regelmäßig ab. Landwirtschaftsrat E. S.

#

Halte deinen Hund ungezieferrein!

Die Pflege des Hundes umfaßt die äußere Pflege, die Fütterung und die Pflege bei inneren Krankheiten. Jeder Hundebesitzer sollte sich daher ein gewisses Maß von Kenntnissen aneignen, wie er in ernsten Fällen die erste Hilfe bringen kann, bis der Tierarzt zur Stelle ist, wie leichtere Fälle zu heilen sind und hauptsächlich, wie man Krankheiten aller Art vorbeugt.

Eine grundlegende Vorbeugung bildet das Reinhalten des Hundes von Ungeziefer. Das Vorhandensein solch ungebetener Gäste tut sich ebenso wie der Beginn von Krankheiten dem scharfen und liebevollen Beobachter seines Hundes an äußeren Anzeichen, leicht bemerkbar, kund. Die Symptome der Behaftung mit Ungeziefer sind durchaus leicht zu erkennen. Dem Wesen des Hundes fehlt die sonst zur Schau getragene würdige Ruhe, wenn er eines beschaulichen Daseins im Zimmer seines Herrn pflegt. Ein Kratzen gegen Juckreiz, ein Sichschütteln, der Ausfluß des Unbehagens, das alles zeigt die Ankunft ungebetener Gäste auf der Haut des Hundes an.

Es gehört sozusagen zur Ordnung und zum Anstand, wenn der Hund von Ungeziefer reingehalten wird. Dadurch werden dem Tiere Qualen und dem Menschen unliebsame Ereignisse verschiedener Art erspart. Trotz der sorgfältigsten Pflege kann der Hund dennoch Ungeziefer mit nach Hause bringen. Dies geschieht dann, wenn der Hund mit anderen Hunden zusammenkommt, die man nicht kennt. Man wird dann gut tun, eine direkte Untersuchung des Hundes auf Ungeziefer vorzunehmen.

Das am häufigsten vorkommende Ungeziefer stellen Flöhe dar, welche durch Waschungen mit einer Desinfektionsflüssigkeit — z. B. ein Eßlöffel voll Lysol auf 1 Liter Wasser — vertrieben werden können. Auch das Einstreuen mit Insektenpulver mit nachfolgendem Auskämmen zeitigt gute Erfolge.

Die graue Laus ist ein übler Gast im Haarkleide des Hundes. Zu ihrer Vertreibung wird der Hund mit einer der im Handel erhältlichen Salben gut eingerieben. Auch das Einstreuen von Insektenpulver hat sich gut bewährt. In beiden Fällen empfiehlt sich die Anlegung eines dichten Maulkorbes. Zur Zerstörung der Nisse im Haare trägt man auf den betreffenden Stellen Sabadillessig oder gewöhnlichen Essig zur Hälfte mit Wasser verdünnt auf und kämmt nach einiger Zeit die Haare ordentlich aus. Dies ist zu wiederholen, bis die lästigen Schmarotzer ausgerottet sind.

Gras- und Holzzecken, deren Anwesenheit eine tägliche Untersuchung erfordert, dürfen nicht abgerissen, sondern müssen mit Oel und Petroleum betupft werden, bis sie vertrocknen und schließlich abfallen.

#

Vom Tränken unserer Haustiere.

Von unseren Haustieren ist das Pferd dasjenige, das unreines Wasser am schlechtesten verträgt. Am meisten saufen die Rinder, am wenigsten die Schafe. Natürlich ist der Durst der Tiere bei Grünfütterung weit geringer als Dörrfutter. Das Pferd säuft bei Trockenfutter gewöhnlich 20—30 Kilogramm Wasser, während das Rindvieh 30—50 Kilogramm Wasser notwendig hat. Bei Schafen genügen 2—3 Kilogramm Wasser; diese Tiere können auch am längsten den Durst ertragen. Sogar nach dem Genusse von dursterregenden Futtermitteln (Kartoffeln) saufen sie nur wenig und oft erst nach einiger Zeit. Man sollte sich davor hüten, den Tieren sehr kaltes Wasser vorzusetzen. Besonders schädlich ist es, wenn die Tiere nach längerem Laufen bei großer Hitze viel kaltes Wasser trinken; dies führt leicht zu Erkältungen, die den Körper der Tiere unter Umständen auf lange Zeit hinaus schädigen. Weniger nachteilig wirkt es, wenn die Tiere nach dem Saufen wieder in Bewegung kommen. Ein großer Unterschied beim Tränken besteht darin, ob die Tiere Grünfutter oder ob sie trockenes Futter erhalten. Saftiges Futter bläht den Leib auf; kommt dazu viel — wohl gar kaltes — Wasser, so können Kolikfälle eintreten. Wie schon gesagt, stellt das Rind an das Wasser die geringsten Ansprüche. Zuweilen sieht man Rinder auf der Landstraße aus schmutzigen Lachen oder aus Mistpfützen saufen, ohne daß sie dadurch erkranken. In wasserarmen Hochgebirgen erhält das Rindvieh während des ganzen Sommers abgestandenes und oft recht unreines (in Zisternen aufgefangenes) Regenwasser. Unbedingt schädlich ist Tränkungswasser, das aus Sümpfen geschöpft wurde; bald darauf treten beim Vieh Fiebererscheinungen auf, die die Vorboten von schweren Koliken, Ruhr oder Milzbrand sind. Pferde werden gewöhnlich dreimal, bei längerem Fahren oder Reiten auch öfter getränkt. Es empfiehlt sich, vor den Wagen gespannte Pferde kurz vor dem Füttern zu tränken. Ochsen und Kühen wird gewöhnlich morgens und abends Wasser gegeben. Schafe auf der Weide erhalten täglich einmal bei Stallfütterung zweimal Wasser.

#

Im Gebirge.

Zur Erholung eine tüchtige Kletterpartie, das ist manchem das Schönste an seinem ganzen Sommerurlaub. Bergstock, Eispickel, Rucksack und wetterfeste Kleidung gehört dazu. Wenigstens bei Hochgebirgstouren. Und dann ein gesundes Herz, ein schwindelfreier Blick, ein für grandiose Naturschönheit empfängliches Gemüt, ein bißchen Humor, wenn's auch mal keine Aussicht gibt — und nicht zuletzt ein Beutel mit Geld. Ist doch das Kraxeln mit dem Führer, und was noch so drum und dran hängt, ist gar nicht so billig. Daß einige Leutchen die Sache übertreiben und als nimmersatte Bergfexe einem regelrechten Gipfelkletterwahnsinn verfallen, worauf alljährlich so und so viele Unglücksfälle zurückzuführen sind, das ist natürlich noch kein Grund, um das Hochgebirge zu verlästern. Gletscher, Firn, Moränen, Lawinen, Sennhütte und Edelweiß werden immer etwas Reizvolles haben. Und die oft nur spärlichen Augenblicke, wo man nach wangem und mühsamem Aufstieg ein klares, wunderbares Panorama vor sich hat, gehören vielfach fürs ganze Leben zu den schönsten Erinnerungen. Ganz abgesehen von dem körperlichen Hochgefühle, daß man sich noch frisch genug weiß, auch die schwierigsten Strapazen kurzerhand zu überwinden. Peter Rosegger spottet einmal: „Je wilder die Gegend, desto schöner, — natürlich, wenn gute Wege in derselben angelegt sind und Wirtshäuser ... Und wenn eine Eisenbahn schnurstracks den Berg hinanläuft, um so besser. Oben steht gar ein Hotel, da ißt und trinkt man, und schreibt ins Fremdenbuch und findet alles unvergleichlich." Aber was so ein richtiger Hochtourist sein will, der nimmt die Sache sicherlich viel ernster ... Selbstverständlich hat auch das Mittelgebirge seine aufrichtigen Freunde. Auch hier kann man spüren, daß der Hauch der Grüfte weit weg verbannt ist. Tannen und Fichten rauschen hier so freundlich ihr wildes, so vielsagendes und doch so geheimnisvolles Lied. Oder ein munterer Gebirgsbach übersprudelt Stein und Geröll. Schluchten und Täler laden zum Lauschen und Sinnen. Und Frau Sage webt zauberhafte Bilder. Wotan saust durch die Lüfte. Zwerge und verwunschene Prinzessinnen wohnen zwischen den zerklüfteten, mitunter so ganz seltsamen Felsgebilden. Dort irgendwo soll die blaue Wunderblume blühen, aber nur auserlesene Glückskinder finden den Zugang zu ihr. Auf den Bergen die Burgen! Ritterliche Pracht mit klirrenden und glänzenden Gelagen ersteht vor dem phantasiebeflügelten Geiste und Auge. Und jetzt sind's Ruinen, — verwittertes Mauerwerk mit verfallenen Toren und Fenstern. Aus den Rissen wächst Busch und Strauch. Unten der im Sonnenschein silbern blinkende Fluß mit viel geschäftigen Arbeitsmenschen. Die alte und die neue Zeit, — und darüber schwebt lächelnd die träumerische Gebirgsromantik .... Arbeit, Mühe und Alltagsgewohnheit, wer möchte sie nicht auf einige Tage oder Wochen mal gründlich los sein? Ein Aufenthalt im Gebirge ist da manchmal eine herzerfrischende Umkrempelung des äußeren und inneren Menschen, eine körperliche und seelische Aufmunterung.